





# **Linksextremismus - Die unterschätzte Gefahr?**

Extremismus-Symposium  
des Niedersächsischen  
Verfassungsschutzes  
am 28. Mai 2009 in Hannover

Tagungsdokumentation

## Inhaltsverzeichnis:

### **„Linksextremismus – Die unterschätzte Gefahr?“**

Uwe Schünemann

### **„Macht kaputt, was euch kaputt macht.“**

### **Streitbare Demokratie und Linksextremismus**

Dr. Rudolf van Hüllen

Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke

### **Die Verklärte Diktatur? Vom Umgang mit der DDR heute**

Wolfgang Templin

Prof. Dr. Christoph Kleßmann

### **"Alter Wein in neuen Schläuchen"? Oder:**

### **Wie extremistisch ist die Partei DIE LINKE?**

Prof. Dr. Richard Stöss

Prof. Dr. Manfred Wilke

### **Zu den Autoren**





**Uwe Schünemann  
Niedersächsischer Minister für  
Inneres, Sport und  
Integration**

## **„Linksextremismus – Die unterschätzte Gefahr?“**

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich begrüße Sie sehr herzlich zu diesem ersten Extremismus-Symposium des Niedersächsischen Verfassungsschutzes. Wir wollen mit dieser Veranstaltung heute eine Reihe von Tagungen zum Extremismus beginnen. Bereits im September soll sich das zweite Symposium mit neuen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus befassen.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz will damit deutlich machen, dass er, neben der Beobachtung von verfassungsfeindlichen Bestrebungen die Information, das Gespräch und die öffentliche Diskussion über Extremismus als eine seiner Kernaufgaben ansieht.

Ich bin mir mit dem Präsidenten des Verfassungsschutzes, Herrn Günter Heiß, darin einig, die Öffentlichkeitsarbeit dieser Behörde weiter zu entwickeln und zu verstärken.

Erst vor kurzem haben wir deshalb die Niedersächsische Extremismus- und Informationsstelle – abgekürzt NEIS – beim Niedersächsischen Verfassungsschutz eingerichtet.

NEIS ist Ihr Ansprechpartner, wenn es um Informationen, Prävention, Vorträge und Ausstellungen geht. NEIS soll helfen, den Gedanken, die Verfassung durch Aufklärung zu schützen, noch besser in die Tat umzusetzen.

Dieser Gedanke liegt auch diesem 1. Extremismus-Symposium zu Grunde. Dabei ist uns bewusst:

- Die Beurteilung extremistischer Phänomene unterliegt dem Wandel.
- Politik und Gesellschaft diskutieren darüber, ob Positionen oder Organisationen extremistisch sind oder nicht.
- Wir können und wollen uns dieser Diskussion nicht entziehen.

Doch ich sage auch ganz deutlich:

Aufgrund seiner Arbeit verfügt der Verfassungsschutz über fundierte Kenntnisse. Sie sind die Grundlage von ebenso fundierten Einschätzungen, wie sie im jährlichen Verfassungsschutzbericht nachzulesen sind. Dennoch liegt uns viel daran, uns der Diskussion zu stellen.

Wir haben daher heute Referenten eingeladen, die ihre Themen aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten und uns ihre unterschiedlichen Einschätzungen vorstellen werden.

Ich bedanke mich bei allen Referenten für ihre Bereitschaft, an diesem Symposium mitzuwirken. Wir werden die Vorträge in einem Tagungsband dokumentieren, so dass Sie die Beiträge auch nachlesen können.

Ich denke, es ist kein schlechter Augenblick, mit solch einer Tagungsreihe zum Extremismus zu beginnen. Die Bundesrepublik Deutschland feiert in diesem Jahr ihren 60. Geburtstag. Und wir blicken auf die friedliche Revolution vor 20 Jahren zurück, die zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit führte. Ich meine, wir können dankbar für diese 60 bzw. 20 Jahre sein. Manche sprechen von einer „geglückten Demokratie“, die nicht nur an Sonntagen, sondern auch in Krisenzeiten ihre Stabilität bewiesen hat.

Dazu hat ganz entscheidend beigetragen, dass die Bundesrepublik auf einem antiextremistischen Konsens gegründet wurde. Sein Wesen ist die Absage aller Demokraten an eine Zusammenarbeit oder gar eine Koalition mit Extremisten von rechts und von links.

Doch zur Realität gehört auch:

Diese Demokratie hat auch nach 60 Jahren noch Feinde. Und um den antiextremistischen Konsens müssen wir immer wieder ringen; er könnte nach meinem Eindruck durchaus gefestigter sein.

Ich will kurz begründen, warum ich das so sehe:

Keine demokratische Partei ist heute bereit, mit rechtsextremistischen Parteien auch nur ansatzweise Gespräche zu führen oder gar über Bündnisse mit ihnen nachzudenken. Auch in der Gesellschaft stößt der Rechtsextremismus auf breite Ablehnung. Die NPD hat z.B. größte Schwierigkeiten, für Parteitage einen Versammlungssaal zu finden. Und bei Aufmärschen sehen sich die Rechtsextremisten regelmäßig einer vielfachen Überzahl von Gegendemonstranten gegenüber. Der „Antifaschismus“ hat eine große Mobilisierungs- und Zugkraft in unserem Lande. Das ist gut und erfreulich.

Sorge allerdings macht mir, dass es nicht nur eine demokratische, von bürgerlichen Kräften getragene Bewegung gegen Rechtsextremismus gibt, sondern auch antidemokratische Kräfte mitmischen. Zwischen beiden Bereichen wird allerdings nicht hinreichend unterschieden.

Es sind Linksextremisten, die unter dem Banner des „Antifaschismus“ nicht nur gegen Rechtsextremisten vorgehen, sondern auch ihre antidemokratischen Ziele verfolgen. Ja, mehr noch: im Sinne einer Bündnisstrategie versuchen sie, auf der Grundlage des Antifaschismus den bürgerlichen Protest auf ihre Seite zu ziehen. Faschismus wird von Linksextremisten oft genug mit dem demokratischen Staat gleichgesetzt.

Viele sehen nicht oder wollen es nicht sehen, dass nicht jeder Antifaschist zugleich auch ein Antiextremist ist. Es wird behauptet, die Feinde unserer Demokratie stünden lediglich auf der

äußersten rechten Seite des politischen Spektrums. Wer darauf aufmerksam macht, dass es auch Feindschaft von links gibt, wer gar fordert, sich so wie von Rechts– auch von Linksextremisten zu distanzieren, der läuft Gefahr, als kalter Krieger verdächtigt zu werden, der die Extreme gleichsetzen wolle.

Ich bin vorsichtig damit, rechts- und linksextremistische Ideologien gleich zu setzen. Aber wir dürfen nicht übersehen, dass es strukturelle Gemeinsamkeiten am äußersten rechten und linken Rand gibt, die dazu führen, beide Pole als extremistisch einzustufen.

Wie groß oftmals die Ähnlichkeiten zwischen Rechts- und Linksextremisten sind, zeigt sich gerade in der Szene der rechten und linken Autonomen. Schon im Erscheinungsbild sind sie oft kaum voneinander zu unterscheiden. Ähnliche Symbole und Kleidung, dieselben Parolen: antikapitalistisch, antiamerikanisch, Anti-Globalisierung, antidemokratisch und oftmals auch antiisraelisch.

Auf beiden Seiten gibt es die Bildung von „schwarzen Blöcken“ bei Demonstrationen und auch die Bereitschaft zur Gewalt ist ähnlich.

Ob der 1. Mai 2008 in Hamburg oder 2009 in Berlin: Polizisten mussten um ihr Leben fürchten – egal ob die Gewalt von Rechts- oder Linksextremisten ausging.

Ich glaube, die Ereignisse am 1. Mai haben gezeigt: Zeichen gegen Rechtsextreme sind wichtig. Doch ebenso wenig wie wir uns an Aufmärsche von Neonazis gewöhnen dürfen, können wir Krawalle von Gruppen nicht einfach hinnehmen, die am linken Rand des Spektrums unterwegs sind. Wir dürfen nicht erst dann reagieren, wenn Steine fliegen und Menschen brennen. Hier ist eine Gefahr, die wir nicht verharmlosen, nicht unterschätzen und schon gar nicht ignorieren dürfen.

In einem ersten Teil unserer Tagung werden Herr Dr. van Hüllen und Herr Professor Jaschke auf diese autonome Szene im Linksextremismus eingehen.

Ebenso wie der antiextremistische gehört auch der antitotalitäre Konsens zu den Fundamenten der Bundesrepublik Deutschland. Unser Land hat beides erfahren müssen: Die Diktatur von rechts und die Diktatur von links. Der Zivilisationsbruch der Nazis mit der systematischen Ermordung von Millionen von Menschen, vor allem Juden, mit Krieg und Zerstörung in einem Ausmaß, wie es die Welt noch nicht gesehen hat, ist einzigartig in der Geschichte. Aber das sollte uns nicht dazu verleiten, andere Diktaturen zu verharmlosen.

Wir erleben das gerade mit Blick auf die DDR. Man könne die DDR nicht wirklich als Unrechtsstaat bezeichnen. Nicht alles sei schlecht gewesen.

Mein Eindruck ist, dass eine solche Verharmlosung der DDR nicht nur einer gewissen „Ostalgie“ geschuldet ist, sondern dass es auch und gerade Linksextremisten sind, die die DDR mit strategischer Absicht verklären.

Wir verfolgen zu Recht mit strafrechtlichen Mitteln, wenn Neonazis den Holocaust leugnen, relativieren oder gar klammheimlich bejubeln. Doch wir reagieren oft überhaupt nicht, wenn behauptet wird, dass Unrecht, die Unterdrückung bis hin zu Folter und Ermordung von Menschen in der SED-Diktatur sei lediglich eine „Deformation“, ein „Fehler“, dem man „nicht einen dominierenden Platz einräumen“ sollte. So jedenfalls sagt es der verurteilte Wahlfälscher Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates der Partei DIE LINKE. Und eine funktionierende Rechtsprechung im Bereich des Straßenverkehrs oder im Gebrauchtwagenhandel ist weiß Gott kein Beweis für Rechtsstaatlichkeit.

Ich bin ein großer Anhänger von differenzierten Sichtweisen. Auch wenn es um die DDR geht und vor allem um die Lebensleistung der Menschen dort. Gerade deshalb muss es bei der historischen Wahrheit und Klarheit bleiben: Die DDR war ein Unrechtsstaat, der schon auf Unrecht gegründet wurde. Ohne Angst und Lüge hätte sie nicht 40 Jahre überleben können.

Eine menschenverachtende Diktatur muss auch als solche bezeichnet werden – ohne Wenn und Aber. Wer hier relativiert, der verharmlost und verkennt, dass die kommunistischen Systeme zu den erbitterten Feinden der freiheitlichen Demokratie gehörten. Warum musste man die Menschen denn einmauern, wenn die sozialistischen Staaten angeblich so viel Gutes bereithielten? Auch die Diktatur des Proletariats ist eine Diktatur!

Der Sozialdemokrat Richard Schröder sagt, wir müssen „schon deshalb von den beiden deutschen Diktaturen sprechen, damit wir nicht noch einmal das Falsche aus der Geschichte lernen“.

In unseren Schulen aber auch in den Medien findet die nationalsozialistische Diktatur zu Recht breiten Raum. Aber wir haben auch die Pflicht, an die kommunistische Diktatur in der DDR zu erinnern. Dazu gehört auch das Gedenken an den Widerstand. Es ist nur angemessen für einen freiheitlichen-nachdiktatorischen Staat, den Widerstand gegen Unterdrückung im kollektiven Gedächtnis zu bewahren und zu würdigen. Demokratie braucht demokratische Traditionen.

Es hat viel mit unserer politischen Kultur zu tun, wenn die Bürgerinnen und Bürger wissen, wer die Geschwister Scholl und die Weiße Rose waren und wenn ihnen bewusst ist, dass in Bautzen allein 2.220 Sozialdemokraten ermordet wurden, darunter nicht wenige, die zuvor von den Nazis eingesperrt worden waren.

Warum werden eigentlich kaum Straßen und Plätze, Universitäten und Schulen nach den Gegnern der SED-Diktatur benannt – und nicht nur in den östlichen Bundesländern?

Kenntnisse über die Diktaturen in Deutschland sind unerlässlich, wenn man den Extremismus von heute bekämpfen will. Dann darf man keine Verklärungen durchgehen lassen.

Ich freue mich, dass wir mit Herrn Templin und Herrn Professor Kleßmann zwei herausragende Fachleute bei uns haben, die über den Umgang mit der DDR heute sprechen und diskutieren werden.

Es ist ein Zeichen des Wandels, dass seit dem großen Epochenwechsel von 1989/90 nicht mehr „rechts“ oder „links“, nicht „kapitalistisch“ oder „sozialistisch“ die Alternativen unserer Zeit sind, sondern demokratisch oder antidemokratisch.

Was aber ist demokratisch, was nicht mehr oder noch nicht? Die Rechtsextremisten machen es uns meistens relativ einfach. Ihr oft unverhüllt geäußelter Hass auf Demokratie und Rechtsstaat, ihre nicht selten eindeutige Überschreitung von strafrechtlichen Grenzen lässt zumeist keinen Zweifel zu, wo diese Leute stehen. Doch es gibt nicht nur diesen „harten“ Extremismus, wie es Herr Professor Jesse nennt, der gewalttätig auftritt und klar gegen die Norm der Rechtsordnung verstößt.

Schon immer haben Extremisten sowohl von rechts als auch von links versucht, ihre eigentlichen Ziele zu verschleiern. Wer die Geschichte von Hitlers Machtergreifung 1933 kennt, der weiß, dass die Nazis im Vorfeld das Blaue vom Himmel herunter gelogen haben, nur um den Reichspräsidenten davon zu überzeugen, dass sie auf dem Boden der demokratischen Weimarer Verfassung stehen.

Heute wissen die Feinde der Demokratie, dass sie mit extremistischen Parolen keine Chance auf Erfolg haben. Eine Machtübernahme durch Wahlen oder gar durch Putsch scheint keinen Erfolg zu versprechen. Mithin gehört es zu ihren häufigen taktischen Täuschungsmanövern, ihre Verfassungstreue zu bekennen. Hinzu kommen möglichst populistische Forderungen sowie eine Vielzahl von Kampagnen, die darauf zielen, Bündnispartner bis weit ins nichtextremistische Spektrum zu gewinnen, letztlich aber nur das Ziel verfolgen, die Demokratie und den Rechtsstaat zu delegitimieren.

Das Bild ist dann nicht selten diffus, gleicht einem Janusgesicht: Extremistische und demokratische Positionen existieren in einem Neben- und Durcheinander, das es oft nicht leicht macht, eine exakte Trennung von Extremisten und Demokraten vorzunehmen.

Herr Professor Jesse spricht von einem „weichen“ oder „smarten“ Extremismus, der gerade deshalb als Gefährdung der Demokratie nicht unterschätzt werden dürfe.

Eine solche Gefährdung sehe ich auch in der weit verbreiteten Neigung zu vergessen, dass es eine Gefährdung der Demokratie von links her überhaupt geben könne.

Für viele heute gilt die Partei DIE LINKE. als eine „normale“ Partei. Einige Bundesländer verzichten sogar darauf, sie oder Teile von ihr in ihren Verfassungsschutzberichten zu erwähnen. Die Frage, wie DIE LINKE. zu beurteilen ist, ist heftig umstritten. Ich erinnere nur daran, dass sich die hessische SPD im vergangenen Jahr an dieser Frage beinahe zerrieben hat und die Regierungsübernahme von Frau Ypsilanti scheiterte.

Ich sehe genügend tatsächliche Anhaltspunkte, um die Partei DIE LINKE. als extremistisch einzustufen. Da ist ihr Verhältnis zur SED-Diktatur, von der sie sich nicht eindeutig als Unrechtsstaat zu distanzieren vermag. Es ist ihre Duldung und sogar Förderung von extremistischen Gruppierungen wie die Kommunistische Plattform oder das Marxistische Forum. Da sind ihre Kontakte zu ausländischen Terrororganisationen wie der Eta, der PKK und der kolumbianischen FARC sowie ihre Lobpreisung der kubanischen Diktatur. Ihr niedersächsischer Landesvorsitzender rechtfertigt den Bau der Mauer damit, dass man in der DDR mehr Demokratie habe wagen wollen. Der gegenwärtige Fraktionsvorsitzende der Linken im Niedersächsischen Landtag und Ex-DKP-Funktionär Manfred Sohn schrieb noch im Jahr 2005: „Unser Ziel heißt nicht Sozialismus, sondern Kommunismus“. Eine Äußerung, die bis heute unwidersprochen blieb.

Vor allem aber sehe ich, wie die Bundesrepublik Deutschland von Vertretern dieser Partei nicht als ein demokratischer Verfassungsstaat beurteilt wird, sondern als ein vom Horror-Kapitalismus beherrschtes, marodes System. Jenseits aller legitimen Kritik diffamiert DIE LINKE. die gesellschaftliche und politische Realität dieses Landes so gezielt, dass man von ihrer Absicht ausgehen muss, die Verfassungsordnung selbst zu demontieren. Ich nehme

den Parteichef Lothar Bisky durchaus ernst, wenn er sagt: „Die, die aus der PDS kommen, aus der Ex-SED, und auch die neue Partei DIE LINKE. – wir stellen die Systemfrage“.

Ich zitiere den Politikwissenschaftler Tim Peters:

„Früher wurde in der marxistischen Theorie der Kapitalismus als ursächlich für die Machterlangung des Faschismus angesehen und als Ausweg die `Diktatur des Proletariats` angestrebt. Heute wird die als `Neoliberalismus` abqualifizierte Soziale Marktwirtschaft zur Ursache von Rechtsextremismus erklärt und als Lösung ein `sozialer, demokratischer und ziviler Gesellschaftsvertrag` angeboten. Gemeint ist dasselbe. Der alte Inhalt ist nur in eine moderne Sprache verpackt.“

Die Diskreditierung der Demokratie war auch in Weimar die entscheidende Voraussetzung für ihren Untergang. Hier wird deutlich: Die Feindschaft zur Demokratie beginnt nicht erst dort, wo Gewalt befürwortet wird. Und Verfassungsschutz beginnt nicht erst dort, wo nur das als gefährlich gilt, was klaren Strafnormen zugeordnet werden kann. Wir müssen uns auch dort als wehrhafte Demokratie erweisen, wo Gegnerschaft zur Verfassungsordnung wesentlich subtiler in Erscheinung tritt, nämlich als geistig-politische und intellektuelle Angriffe.

Ich möchte an dieser Stelle nicht der Diskussion vorgreifen, die im dritten Teil unseres Symposiums Herr Professor Stöss und Herrn Professor Wilke einleiten werden.



Vielmehr bedanke ich mich an dieser Stelle schon jetzt für ihr Interesse und auch ihre Teilnahme an diesem Symposium sehr herzlich. Ich hoffe, dass wir mit dieser neuen Reihe von Symposien zumindest einen kleinen Beitrag leisten können, den antiextremistischen Konsens zu stärken, wenn nicht wieder herzustellen. Ich wünsche Ihnen, dass Sie von hier wichtige Anregungen mitnehmen können, die Ihnen helfen, sich mit dem Extremismus in unserem Land auseinanderzusetzen und für die Bewahrung der Demokratie zu streiten.



# **„Macht kaputt, was euch kaputt macht.“ Streitbare Demokratie und Linksextremismus**

**Dr. Rudolf van Hüllen**

Dass Linksextremismus eine eher vernachlässigte Gefahr darstellt, wurde bereits von Herrn Minister unterstrichen. Kann man die Schiefelage im

Konzept der streitbaren Demokratie korrigieren, indem man das Streiten gegen Rechtsextremismus reduziert? Zugegeben, manchmal wäre bei den Reaktionen auf Rechtsextremisten etwas mehr Gelassenheit angezeigt. Muss man wegen 50 Neonazis eine Großstadt in samstäglichem Belagerungszustand versetzen? Die Polizei weiß indessen sehr wohl, dass die Gewalt bei solchen Ereignissen nicht von den Rechtsextremisten und schon gar nicht von den oft sehr breiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen Rechtsextremismus ausgeht, sehr wohl aber von ein paar Hundert autonomen „Antifas“. Andererseits: Ein Nachlassen in der Arbeit gegen Rechtsextremismus wäre garantiert der falsche Weg. Angesichts der schleichenden sozialkulturellen Verankerung von Rechtsextremisten und der Gewöhnung an ihre Präsenz vor allem in Teilen der Neuen Bundesländer darf man mit den Anstrengungen gegen dieses Phänomen keinesfalls nachlassen.

Das Problem liegt demnach eher in der mangelnden Berücksichtigung des Linksextremismus im heute praktizierten Modell der streitbaren Demokratie.

Und die kann man mit Händen greifen: Nicht erst seit 1990, als der Kommunismus für tot erklärt wurde und die öffentliche Meinung so tat, als sei an allem sowieso nur die Staatssicherheit

Schuld gewesen und als habe sich die Sache mit der Auflösung der DDR und der Umbenennung der SED erledigt.

Ein plakatives Beispiel für die schon längerfristig verzerrte Problemwahrnehmung: Es gilt als üblich, dass NPD-Parteitage nicht ohne begleitende massive Protestdemonstrationen und bisweilen auch nicht ohne Blockadeversuche stattfinden. In den 1970er und 1980er Jahren waren rechts die NPD und links die DKP die traditionellen extremistischen Ausleger des Parteiensystems. Wann also hat ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis zuletzt gegen einen DKP-Parteitag protestiert? Antwort: Überhaupt nie. 1978, im Vorfeld eines DKP-Programmparteitages in Mannheim, erwog die eine große Volkspartei eine Protestdemonstration gegen das Ereignis. Sie fragte die andere große Volkspartei, ob sie eine solche Initiative mittragen werde. Die wollte nicht. Und damit hatte sich die Frage bis heute erledigt.

Wieweit selbst linksextremistische Straßengewalt – Szenejargon „Massenmilitanz“ - als etabliertes Ereignis hingenommen wird, dafür muss man einen Blick auf Berlin werfen, wo ein Bezirksverordneter der früheren SED als Anmelder der „Revolutionären 1.Mai-Demo“ auftritt, eines Ereignisses, das nun halt seit 22 Jahren immer einen gewaltsamen Verlauf genommen hat. Und im Vorfeld dieses Ereignisses, am Abend des 30.April, gibt es eine kleine „Einstimmungsrandale“. Die Süddeutsche Zeitung schreibt am 2.Mai, es habe 57 Festnahmen, 48 verletzte Polizisten gegeben, und vereinzelt hätten Autos gebrannt. Insgesamt aber habe die Polizei von einem friedlichen Verlauf gesprochen. Ich hoffe, sie sehen ein, dass es auch dann ein friedlicher Verlauf ist, wenn vereinzelt mal ihr Auto brennt. Eine merkwürdig verschobene Wahrnehmung: Wie wäre die Beurteilung ausgefallen, wenn die Randalen von Rechtsextremisten ausgegangen wäre?

Diese etwas provokante Frage kann immerhin dazu dienen, sich der ungleichgewichtigen Wahrnehmung bewusst zu werden. Sie erklärt aber nicht automatisch, ob das medial sehr präsente Phänomen des Rechtsextremismus überbelichtet wird oder der Linksextremismus unterbelichtet. Viele Umstände sprechen indessen für Letzteres.

In der Verfassungsschutz- und Polizeistatistik liegen Rechts- und Linksextremismus nach den Mitgliederzahlen ungefähr gleich auf, lässt man mal den Streit beiseite, ob man nicht zu den 31.200 amtlich anerkannten Linksextremisten die 76.000 Mitglieder der früheren SED hinzuzählen müsste. Auch bei den Gewalttaten bewegen sich beide Lager in derselben Dimension, aktuell sind die linksextremistischen Gewalttaten um 15 % zurückgegangen, die rechtsextremistischen haben um die gleiche Marge zugenommen, dies wohl vor allem, weil die Autonomen Nationalisten den üblichen Modus operandi ihrer linksautonomen Gegner kopiert haben. Hier ist zudem zu beachten, dass es für die zahllosen Propagandadelikte der extremistischen Rechten keine Entsprechung im Linksextremismus gibt, weil die Verherrlichung stalinistischer Gewaltverbrechen z.B. nicht strafbar ist. Und gegen Organisationsverbote können Linksextremisten ebenfalls schlecht verstoßen, weil das letzte – es richtete sich gegen den Heidelberger SDS in den frühen 1970er Jahren – immerhin fast vierzig Jahre her ist.

All dies erklärt, wenn vielleicht auch nicht erschöpfend, warum streitbare Demokratie gegen Linksextremisten weniger erfolgreich ist.

Gibt es identifizierbare Ursachen für diese Schiefelage in unserer Wahrnehmung?

Generell kann man davon ausgehen, dass Rechtsextremismus in der Berliner Republik weiterhin geächtet, Linksextremismus aber eher geachtet ist. Die Gründe für diese Abweichung vom ursprünglichen antitotalitären Konsens sind vielfältig:

- Eine Duldung des Linksextremismus in seiner orthodox-kommunistischen Variante erfolgte seit den späten 1960er Jahren aus außenpolitischen Rücksichten. Die Sowjetunion forderte als Voraussetzung für die Vertrags- und Entspannungspolitik die Relegalisierung der 1956 verbotenen KPD. 1968 trat sie als DKP und Interventionsapparat der SED in der Bundesrepublik wieder in Erscheinung.
- Die so genannte Studentenrevolte der 68er führte dazu, dass

Linksextremisten oder ehemalige Linksextremisten in der Klasse der „Sinnvermittler“, aber durchaus auch der politischen Entscheidungsträger, heute ganz anders aufgestellt sind als ihre rechtsextremistischen Antipoden. Auch wenn Funktionäre militanter maoistischer Gruppen, Hausbesetzer, Streetfighter heute zumeist geläutert sind: Sie haben ein Interesse, dass über ihre früheren Taten und über diejenigen ihrer politischen Epigonen nicht geredet wird. Ähnlich sehen das die Täter der SED-Diktatur und in ganz besonderem Sinne ihre charakterlosen westdeutschen Lakaien, die das Geschäft der SED und der Staatssicherheit im Westen besorgten.

- Das größere intellektuelle Potenzial wirkt sich aber auch als wesentlich ausgeprägtere Fähigkeit von Linksextremisten aus, ihre menschenverachtenden Ziele ansprechend und scheinbar anschlussfähig zu verpacken. Der bis vor einigen Jahren als „dumpf“ geltende Rechtsextremismus hat zwar beim Kopieren linksextremistischer Strategie und Taktik allerhand Lernfähigkeit bewiesen, aber bei der Irreführung des Publikums ist die extremistische Linke immer noch entschieden erfolgreicher. Da werden nicht nur allgemein anerkannte hehre Ziele wie soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie in den Vordergrund geschoben. Auch die Camouflage weniger freundlich wirkender Absichten gelingt im Allgemeinen ganz gut. Aus der scheußlichen „Diktatur des Proletariats“ wurde schon 1968 bei der DKP die „Macht der Arbeiterklasse“, später aus der Revolution der „grundlegende Bruch mit den herrschenden Verhältnissen“ oder aus autonomen Gewalttättern „unbequeme Jugendliche, die ihrer Empörung auf der Straße in unkonventionellen Formen Ausdruck verleihen“. So kann man natürlich Angriffe auf Polizisten, schweren Landfriedensbruch, Brandstiftung und Plünderungen auch nennen. Überhaupt wird linksextremistisch motivierte Gewalt gerne semantisch verpackt: So wird heutzutage zum Beispiel in linken Anti-Globalisierungsbündnissen nicht etwa offen zu Gewalt aufgerufen, sondern erklärt, man werde eine Vielfalt von „selbstbestimmten“ Aktionsformen, eine „diversity of tactics“, als Modus im Bündnis akzeptieren. Dies klingt so schön ba-

siedemokratisch und liberal, bedeutet aber in der Praxis, dass auch gewaltsame Aktionsformen akzeptiert werden, und zwar auch von den angeblich „friedlichen“ Globalisierungsgegnern – sich nachher regelmäßig als unschuldige Opfer „polizeilicher Übergriffe“ zu präsentieren.

- Schließlich wirkt ein in unserer ideengeschichtlichen Wahrnehmung bedeutsamer Faktor zugunsten der extremistischen Linken. Es handelt sich um den vermeintlich emanzipatorischen Gehalt linker sozialrevolutionärer Theorien und Ziele. Oder anders gesagt, um die verbreitete Vorstellung, Sozialismus sei die an sich gute Idee, die bloß noch keiner richtig verwirklicht habe. Und bei Linksextremisten handele es sich doch nur um etwas zu ungeduldige und radikale Anhänger der europäischen Aufklärung, die das Gute wollten, im Unterschied zum Rechtsextremismus, der eine vollständige Negation aller Werte der Aufklärung darstelle und ganz offenkundig ethisch verwerfliche Ziele verfolgt. Und das ist – betrachtet von der Intention linker Ideologien her – auch durchaus halbwegs korrekt. Tatsächlich kann man Marx nicht unmittelbar für Stalin haftbar machen: Aber die Idee und ihre Wirkungen können andererseits auch nicht einfach voneinander getrennt werden. Die Idee, die Ideologie wird in erster Linie dann zur totalitären Konsequenz, wenn ihr ein antihumaner, demokratiewidriger Gehalt bereits immanent war.

Demnach hätte streitbare Demokratie sich wohl auch mit extremistischem Denken auseinander zu setzen, nicht nur mit extremistischem Handeln und schon gar nicht bloß - wie es als Folge auf normativer Ebene stets indifferenten und deshalb auch hilflosen deutschen Rechtspositivismus in Mode gekommen ist – bloß mit strafbarem extremistischem Handeln.

Was also ist zu tun, um die Schlagseite der streitbaren Demokratie nicht noch weiter zunehmen zu lassen?

Erstens muss man die Auseinandersetzung mit den Werten und Zielen des Linksextremismus führen. Dies ist anspruchsvoll, Wertedebatten sind heute eher wenig populär. Aber nur über solche

Wege gibt es eine Chance, linksextremistische Ideologie aus den Köpfen heraus zu bringen. Schließlich wird dies auch von den zahllosen Präventionsprogrammen gegen Rechtsextremismus geleistet. Gegen Linksextremismus fehlen allerdings die entsprechenden Strukturen und Mittel. Die geistig-politische Auseinandersetzung fand auf Bundesebene zuletzt – in recht bescheidenem Rahmen – in der Ägide des Innenministers Schily statt. Der heutige Amtsträger in Berlin zieht es offenbar vor, dem Neuen Deutschland Exklusivinterviews darüber zu geben, wie gerne er doch 1990 die Stasi-Akten allesamt vernichtet hätte.

Zweitens muss man die praktischen Folgen extremistischer Programmatik aufzeigen: „Antifaschistische“ Schlägereien sind eben keine spontanen Aufwallungen, sondern strategisch geplante Aktionen. Sie schließen den Anspruch auf Selbstermächtigung ein, nach Belieben „Faschos zu klatschen“, staatliches Gewaltmonopol außer Kraft zu setzen, und territorial vom Rechtsstaat befreite Zonen zu errichten. In Niedersachsen kannte man das im Falle Göttingen schon lange, bevor das Schreckensbild von den national befreiten Zonen der ostdeutschen Rechtsextremisten in aller Munde war. Der Öffentlichkeit sollte vermittelt werden, dass es solchen Akteuren keineswegs in erster Linie um die Bekämpfung von Rechtsextremismus, sondern um die Befestigung eigener Machtansprüche geht: Die Bevölkerung soll veranlasst werden, linksextremistische Gewalt als „normal“ zu akzeptieren.

Drittens ist es sinnvoll, die gemeinsamen Strukturmerkmale linker und rechter Extremismen herauszustellen: Feindbildkonstruktionen, Verschwörungstheorien, Antipluralismus, Verachtung für die Freiheit des Individuums und das Selbstbestimmungsrecht des mündigen Bürgers. Die Kenntnis der Strukturmerkmale wirkt doppelt immunisierend: Sie wirkt gegen konkrete Organisationen, und sie setzt Denkanstöße, bei neuen Etiketten den dahinter verpackten Inhalt zu erkennen, egal ob er von ganz rechts oder ganz links daher kommt.

Viertens bedeutet dies, am Vergleichen als analytischer Methode festzuhalten. Natürlich müssen die Vergleichsmaßstäbe intellektuell redlich gewählt und die Unterschiede hinreichend deutlich

herausgestellt werden. Aber den Vergleich als analytisches Mittel verbieten zu wollen; dahinter steckt der Wunsch nach der Errichtung von Denkverboten. Es ist kein Zufall, dass entsprechende Initiativen und Forderungen immer wieder von Linksextremisten betrieben werden.

Fünftens bedeutet Streitbarkeit auch immer aktives Eintreten für Demokratie. Das sollte Vorsicht bei der Wahl der Bündnispartner einschließen. Ich kann nicht Rechtsextremismus Arm in Arm mit Linksextremisten bekämpfen oder umgekehrt. Demokratie ist die einzige politische Ordnung, bei der die Würde des Einzelnen im Zentrum des Wertesystems steht.

Nur hier kann der Einzelne nicht zum Spielball, zum Mittel politischer Ziele gemacht werden. Der richtige Standort bei der Positionierung gegen Extremismus ist daher so zu sagen die „Opferperspektive“: Einem jüdischen Opfer extremistischen Treibens ist es nämlich egal, ob sich Antisemitismus aus traditionellem rechtsextremen Rassenwahn, aus islamistischen Motiven oder aus einem „antiimperialistischen“ linksextremistischen „Antizionismus“ speist. Der marschiert nämlich dann – gegen Israel - Hand in Hand mit Hizbullah und Hamas, wie in Berlin. Das dies noch steigerungsfähig ist, bewies eine fast zeitgleiche Demonstration in Paris: Dort hatten sich Islamisten und „antizionistische Linke“ noch der rechtsextremen Front National zugesellt.

Und solche Bündnisse sind geradezu ein lebender Beweis, dass es streitbare Demokratie auch weiterhin geben muss.



## **Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke**

Die Auseinandersetzung mit Linksextremismus in Deutschland im Rahmen der „streitbaren Demokratie“ leidet an dem Problem der Vergleichbarkeit mit anderen Formen des Extremismus: Rechts- und Linksextremismus werden häufig gleichgesetzt oder zumindest als gleichartige Abweichung von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gesehen.

Dabei wird die Eigenart beider Protestformen übersehen, die eigenständige historische Entwicklungslinien haben. Die folgenden Ausführungen skizzieren eine kurze Geschichte des Linksextremismus, um seine Eigenarten und Besonderheiten darzustellen.

### **Linksextremismus in Deutschland bis 1945**

Spaltungen in reformistische und revolutionäre Fraktionen begleiten die Geschichte der Arbeiterbewegung seit ihren Anfängen. Die ersten Ansätze der deutschen Gewerkschaftsbewegung, im Umfeld der 1848er Revolution, die „Allgemeine deutsche Arbeiter-Verbrüderung“, forderte die Beteiligung der Arbeiterschaft an der Regierung: „Wir verschwören uns nicht gegen die bestehende Regierung, wir wollen nur, daß man uns einen Platz einräume in dem gemeinsamen Vaterlande“; Zeitgleich forderte der Bund der Kommunisten im Londoner Exil den Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der Klassengesellschaft und die Errichtung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und Privilegien (Weick 1974: 19). Die spätere Fraktionierung in den reformorientierten demokratischen Sozialismus einerseits und die revolutionäre kommunistische Arbeiterbewegung andererseits ist hier schon angedeutet und begleitet die Geschichte des Sozialismus bis heute.

Anfänge sozialistischer Ideen gehen zurück auf die sogenannten „Frühsozialisten“ in der Zeit zwischen der Französischen Revolution 1789 und dem Erscheinen von Marx' Kommunistischem Manifest (1848). Sie beziehen sich auf eine noch vorindustrielle Gesellschaft und konzentrieren sich vornehmlich darauf, eine ideale neue Gesellschaftsordnung zu entwerfen (Ramm 2002). Erst Marx und Engels und ihre Anhänger entwerfen nach 1848 eine Kritik der bürgerlichen und kapitalistischen Gesellschaft, die so folgenreich war für die weitere Ausprägung des Sozialismus. Die parteienförmige Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in einen reformistischen und einen revolutionären Flügel gehen zurück auf die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Die Anhänger Ferdinand Lassalles und seines 1863 gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins forderten eine Strategie, gesellschaftliche Veränderungen zugunsten der Arbeiter auf friedlichem, legalem Weg herbeizuführen. Das allgemeine Wahlrecht und die soziale Vertretung der Arbeiter sollten Schritte dahin sein. Lassalle glaubte, der Staat sei der zentrale Akteur zur Durchsetzung sozialistischer Ideen, deshalb müsse es darum gehen, den Staat so weit wie möglich mit sozialistischen Ideen zu durchsetzen. Lassalle zufolge ist der Arbeiterstand, der vierte Stand, gleichbedeutend mit der Sache der gesamten Menschheit. Der Staat dürfe eben nicht Nachtwächterstaat nach liberalen Vorgaben sein, der nur die persönliche Freiheit des Einzelnen und das Eigentum zu schützen habe, seine Aufgaben seien viel breiter, er müsse die Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit vorantreiben. Demgegenüber bestanden die Anhänger von Marx, Engels, Bebel und Liebknecht und ihrer 1869 gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf der Annahme, dass die notwendigen Veränderungen nur auf revolutionärem Weg durchsetzbar seien, da der Staat nur ein Instrument der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie sei. Das Gothaer Programm von 1875 war ein Kompromiss: Der Vereinigungsparteitag beider Parteien fusionierte beide Richtungen, begründete aber nicht eine wirkliche Vereinigung der zugrundeliegenden Analysen und Strategien.

Der Burgfrieden zwischen beiden Richtungen hielt bis zum Ersten Weltkrieg. Die Verfolgungen durch Bismarcks Sozialistengesetz

(1878-1890) und der starke Einheitsgedanke der Gewerkschaften verhinderten das erneute Aufbrechen der Kontroverse. Als jedoch die SPD-Reichstagsfraktion 1914 die Kriegskredite bewilligte und sich den nationalen Aufbruchstendenzen nicht entgegenstemmte, als auch die Gewerkschaften den Kriegseintritt Deutschlands unterstützten, sammelte sich die revolutionäre Linke in der 1917 gegründeten „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (USPD). Wenig später, 1918, wurde die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gegründet, die USPD blieb eine Episode. Teile kehrten zur SPD zurück, andere gingen zur KPD. Damit war die Spaltung der Arbeiterbewegung besiegelt und die weitere Entwicklung in eine sozialdemokratische und eine kommunistische Strömung vorweggenommen.

Die Entwicklung der marxistischen und sozialistischen Theorien um die Jahrhundertwende hatten die Fraktionierung massgeblich beeinflusst. Marx und Engels begreifen die Geschichte als einen voranschreitenden, gesetzmässigen, aber auch widerspruchsvollen Prozess, der eine Weiterentwicklung und ein Endziel aufweist: die klassenlose, kommunistische Gesellschaft. Diese Auffassung versteht die Fortschritte der bürgerlichen Gesellschaft auf politischem Gebiet und bei der Entwicklung der Technik als eine notwendige, aber zu überwindende Etappe auf dem Weg zum historischen Endziel. Die bürgerliche Demokratie und die kapitalistische Wirtschaftsordnung sind bloss Zwischenstadien der weiteren historischen Entwicklung, die es durch die organisierten Kämpfe der Arbeiterbewegung zu überwinden gilt. Besonders in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg gewann, beeinflusst durch die Theoretiker Bebel und Kautsky, eine chiliastische Auffassung eine beherrschende Dominanz. Der Gang der Geschichte führe mit gesetzmässiger Notwendigkeit über bestimmte Stufen der bürgerlichen Entwicklung hin zum Sozialismus. Kautsky verkündete den Sieg des Proletariats als eine Naturnotwendigkeit. Giddens hat die Grundphilosophie des Kommunismus wie folgt zusammengefasst:

„Der Kommunismus erhebt den radikalen Egalitarismus zur Tugend. Er möchte, um es in neuerer Terminologie auszudrücken,

eine ‚Nivellierung nach unten‘ vornehmen und läßt sich dabei von asketischen Gedanken leiten: das Private dürfe nicht die Oberhand über das Gemeinschaftliche gewinnen, und der Egoismus sollte beinahe vollständig ausgerottet werden. Der Kommunismus beruht nicht auf der Steuerung der Produktion, sondern auf der Regelung der Konsumtion. Er ist im wesentlichen eine ethische Ordnung, die im Egalitarismus nicht so sehr einen Selbstzweck erblickt, sondern eher eine Instanz der notwendigen sittlichen Kontrolle, die die Schwachen vor den Starken schützt“ (Giddens 1999: 87).

Lenin hat dem eine entscheidende und für die weitere Entwicklung folgenreiche Wendung hinzugefügt. Nach seiner Auffassung ist die Arbeiterbewegung nicht aus sich heraus in der Lage, das Heft in die Hand zu nehmen, es fehle ihr an Klassenbewusstsein und an Handlungsfähigkeit. Notwendig ist daher, Lenin zufolge, eine starke Partei der Arbeiterklasse, die als revolutionäre Avantgarde als einzige imstande ist, die Lage richtig einzuschätzen und politische Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Partei ist unfehlbar, sie verlangt Gehorsam, Linientreue und Gefolgschaft. Von hier aus liegt der Schritt zu einem Modell der Diktatur der marxistisch-leninistischen Partei auf der Hand.

Die russische Oktoberrevolution 1917 und die anschließende Ausbreitung des sowjetkommunistischen Modells über die halbe Welt, geprägt von Lenins Vorstellungen, haben die Abspaltung der KPD von der Sozialdemokratie in Deutschland beschleunigt und verfestigt. Die KPD geriet in Abhängigkeit von der Kommunistischen Internationale (Komintern) und der von Moskau vorgegebenen marxistisch-leninistischen Ideologie und Dogmatik. Hier liegt auch der Grund für die Unfähigkeit der KPD, in der Schlussphase der Weimarer Republik auf die SPD zuzugehen, um durch eine Einheitsfront den Aufstieg des Nationalsozialismus und die Machtübernahme zu verhindern. Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in Sozialisten und Kommunisten war ein ganz wesentlicher Faktor für Hitlers Machtübernahme. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die kommunistische Tradition fortgesetzt in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und

kleinen kommunistischen Grüppchen in Westdeutschland. Die SPD wurde in der DDR zwangsvereinigt mit der KPD zur SED, in Westdeutschland verstand sie sich bis zum Godesberger Parteitag 1959 als Partei der Arbeiterklasse, dann vollzog sie eine volksparteiliche Wendung.

Der Sieg des sozialdemokratischen Reformismus hatte mehrere Gründe. Zum einen musste sich die SPD in einer Zeit der Ost-West-Konfrontation deutlicher vom Kommunismus osteuropäischer Prägung abgrenzen, um Glaubwürdigkeit zu behalten. Sie musste sich angesichts von Massenwohlstand, weitreichender Partizipation der Arbeiter am Wohlstand und an betrieblicher Mitbestimmung und dem Vordringen der Angestellten einer breiteren Wählerschicht öffnen. Mit der Wendung der SPD zur Volkspartei war freilich auch das Lager des linken Extremismus noch mehr isoliert, konnten doch fortan Bündnisse nicht mehr oder nurmehr unter erschwerten Bedingungen ins Auge gefasst werden.

## **Linksextremismus in Deutschland nach 1945**

Linksextremismus in der Bundesrepublik läßt sich in mehrere zeitliche Phasen mit sehr verschiedenen Ausprägungen unterteilen. Bis zum KPD-Verbot 1956 sind die Optionen von linksaußen der Sturz des kapitalistischen, von den West-Alliierten beherrschten Systems der Bundesrepublik im Bündnis mit der Sowjetunion und der DDR. Damit knüpft die KPD an die Komintern-Tradition der Weimarer Republik ebenso an wie an die marxistisch-leninistische Organisationstheorie. Dieser Strang lebt fort in der Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) im Jahr 1968, deren einst 40.000 Mitglieder nach dem Fall der Mauer auf 4.000 zurückgegangen sind. Damit ist die sowjetmarxistische Variante des linken Extremismus heute nahezu in der Bedeutungslosigkeit verschwunden.

Die Gründung der DKP erfolgt nicht zufällig 1968. Das „rote Jahrzehnt“ 1967 bis 1977 (Koenen 2002) ist die Blütezeit einer Vielzahl linker, linksradikaler und linksextremer Gruppierungen im Umfeld der Außerparlamentarischen Opposition und

der Studentenbewegung. Zu den vielfältigen Anlässen für das Aufbrechen gehört der Protest gegen den Vietnamkrieg, gegen den „Muff“ der Adenauerzeit, gegen überholte gesellschaftliche Konventionen. Die Protestbewegung war, auch in anderen europäischen Ländern und den USA, überwiegend getragen von Jugendlichen und Studenten, man könnte sie, zumal im Kontext der zur gleichen Zeit entstehenden Popkultur, auch als zweite Jugendbewegung nach der ersten um die Jahrhundertwende bezeichnen. Es spalteten sich bald marxistisch-leninistische, trotzkistische, maoistische, stalinistische und andere kleinere Gruppen ab, die unter Bezeichnungen wie KPD/Aufbauorganisation, Revolutionärer Kampf, Kommunistische Hochschulgruppe, Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands oder auch Marxistische Gruppe auftauchten (Koenen 2002: 257ff.). Sie überboten sich in marxistischer Revolutionsrhetorik und hatten mit der Mehrheitsströmung des von der SPD vertretenen demokratischen Sozialismus gebrochen, aber auch mit der Nähe der DKP zur SED und der marxistisch-leninistischen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, welche die Politik als Erfüllungsgehilfen des Kapitals betrachtete.

Die Spannungen zwischen der SPD und ihren Studentenorganisationen in der Zeit zwischen etwa 1960 und 1975 zeigen, wie sich demokratischer Sozialismus und Extremismus von links voneinander weiter lösen. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), organisatorischer Kern der Studentenbewegung, war seit 1946 der SPD angegliedert. 1961 wurden SDS-Mitglieder aus der SPD ausgeschlossen, da der Verband sich radikalisiert hatte. Ähnlich ging es mit dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB), den die SPD 1960 als Alternative ins Leben gerufen hatte. Er ging an den Hochschulen häufig Bündnisse ein mit dem DKP-nahen Marxistischen Studentenbund Spartakus und konterkarierte damit das Bemühen der SPD um Abgrenzung gegenüber jedweder Form sowjetkommunistisch geprägter Politik. Schließlich wurde er der SPD zu radikal. 1974 löste sie sich von ihrer in der marxistischen Orthodoxie verhafteten Studentenorganisation, an deren Stelle dann die Juso-Hochschulgruppen traten.

Die Frage der Rolle und des Einsatzes von Gewalt als politischem Instrument führte zu einer weiteren Spaltung. Gruppen wie die Rote Armee Fraktion und die Bewegung 2. Juni propagierten in Anlehnung an südamerikanische Revolutionskonzepte den „bewaffneten Kampf“, um die angeblich faschistische Qualität des westdeutschen Staates zu „entlarven“. Anfang und Mitte der siebziger Jahre gelang es diesen Gruppen, die westdeutsche Linke nachhaltig zu spalten. Terroristische Anschläge und Revolutionsrhetorik zwangen die linken Aktivisten der Studentenbewegung zu heimlicher oder offener Sympathie auf der einen Seite, zu entschiedener Absage und „Verratsvorwürfen“ auf der anderen Seite. Die Morde an Generalbundesanwalt Buback, Dresdner Bank-Chef Ponto und Arbeitgeber-Präsident Schleyer 1977 bildeten den Höhepunkt des deutschen Terrorismus. Linksextremismus hatte eine neue, eine terroristische Qualität gewonnen. Die nicht-terroristischen Teile der Protestbewegung gingen in den folgenden Jahren zurück in private Orientierungen, in die etablierten Parteien, aber ein großer Teil in die entstehenden neuen sozialen Bewegungen, aus denen heraus dann die Partei Die Grünen entstand.

Linksextremismus im engeren Sinne, sowohl in der terroristischen Fraktion als auch in der marxistisch-leninistischen Orthodoxie hat nach 1977 an Bedeutung eingebüßt, das Scheitern des Sowjetkommunismus in Osteuropa und der DDR um 1990 tat ein übriges, um diese Politikansätze nachhaltig unattraktiv zu machen. Es darf auch nicht übersehen werden, dass die soziale Basis des Modellfalls kommunistische Partei der zwanziger Jahre, die Arbeiterschaft, in der Nachkriegsentwicklung wegbröckelte. Im Zuge der Deindustrialisierung und der Transformation zur Dienstleistungsgesellschaft gibt es immer weniger Arbeiter, zumal wenig angelernte. In einer komplexen, modernen Gesellschaft, deren soziale Schichtung sich stark ausdifferenziert, in der Interessengruppen stark diversifizieren, in der Entscheidungsprozeduren vielfältig gebrochen sind, können gesellschaftliche Großkonflikte nicht mehr mit simplen Klassenkampfparolen begriffen werden.

Einige der sogenannten K-Gruppen existieren weiter, ebenso andere, im Umfeld der neuen sozialen Bewegungen der achtziger Jahre entstandene Gruppierungen. Die sogenannten „Autonomen“, militante linksextremistisch beeinflusste Jugendliche, die vor allem bei gewaltbereiten Aufmärschen und Demonstrationen von sich reden machen, sorgen für intensive polizeiliche Aufmerksamkeit, aber sie liefern kein wirklich politisches Programm. Hier lassen sich allenfalls Bruchstücke aus der Ideengeschichte des Anarchismus wiederfinden wie etwa die Ablehnung des Staates und der Glaube an eine Gesellschaft ohne Macht und Herrschaft.

Die Szene der kommunistischen Parteien ist nach dem Ende der Sowjetunion und der DDR beträchtlich geschwächt. Die DKP kämpft weiter für die sozialistische Revolution nach leninistischem Vorbild. Am linken Rand der PDS sorgt die kommunistische Plattform gelegentlich für Aufsehen, aber insgesamt spielt die extreme Linke in Deutschland heute kaum eine politische Rolle. Die Theorie Lenins über Partei und Organisation wird jedoch dazu beitragen, die Reste der linksextremen Szene zu stabilisieren, liefert sie doch einen entscheidenden Rechtfertigungsgrund für die Existenz auch kleiner linksextremer Parteien: Lenin zufolge kann nur eine aus Berufsrevolutionären zusammengesetzte Kaderpartei mit dem richtigen Klassenbewußtsein die revolutionäre Botschaft in die Arbeitermassen hineintragen – Grund genug also, durchzuhalten.

Am Anfang des 21. Jahrhunderts, nach dem Schock des Zerfalls der Sowjetunion, gliedert sich die verbliebene politische Landschaft der kommunistischen Parteien in Europa in mindestens zwei verschiedene Strömungen (Moreau 2004: 53ff.): Die traditionalistischen Parteien, gewerkschaftsorientiert, antikapitalistisch, antisozialdemokratisch, halten fest am Mythos der Oktoberrevolution und an den Theorien Lenins. Die reformkommunistischen haben ideologischen und sprachlichen Ballast abgeworfen, verstehen sich weiter als antikapitalistisch, gehen aber auch Bündnisse mit den Sozialdemokraten ein. Beide Lager leiden unter dem Drama des Untergangs der Sowjetunion, der Überalterung ihrer Anhänger, dem Verschwinden der Arbeiterklasse und der

Konkurrenz der Globalisierungskritiker. „In den Parteien selbst“, so Moreau (2004: 61), „ob reformorientiert oder nicht, tobt die Schlacht zwischen Traditionalisten und ‚Reformern‘. Erstere sehen nur im leninistischen Modell eine Zukunft für den Kommunismus. Letztere wissen um die absolute Notwendigkeit der Allianz mit den Sozialdemokraten. Nur so können ihrer Partei ein glaubwürdiges Image und die Statur einer ‚Regierungspartei‘ zuwachsen. Beide Strategien kommen die KPen teuer zu stehen: Der Leninismus mit seiner Fixierung auf einen neuen roten Oktober verführt nicht mehr zum Träumen. Die Politik des Konsenses der KPen mit dem ‚sozialdemokratischen oder sozialistischen Feind‘ um jeden Preis lässt die reformorientierte kommunistische Identität unscharf werden“.

## **Schlußbemerkung**

Linksextremismus heute ist ein Angriff auf rechtsstaatlich-demokratische Strukturen und insofern ist die Demokratie aufgefordert, alle denkbaren Formen der Auseinandersetzung anzuwenden. Unser Überblick zeigt, dass Linksextremismus eine lange, eigenständige Geschichte in Deutschland hat und eng verbunden ist mit dem Leninismus. Rechtsextremismus, auf den hier nicht näher eingegangen worden ist, hat eine andere Geschichte. Von daher sollten beide nicht gleichgesetzt werden.

## **Literatur**

Giddens, Anthony: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie. Frankfurt 1999.

Jaschke, Hans-Gerd: Politischer Extremismus. Wiesbaden 2006.

Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977. Frankfurt 2002.

Moreau, Patrick: Die kommunistischen und postkommunistischen Parteien Westeuropas: Ein unaufhaltsamer Niedergang? In: Totalitarismus und Demokratie Heft 1/2004, S. 35-62.

Weick, Edgar: Artikel „Arbeiterbewegung“. In: Axel Görlitz (Hrsg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft Bd. 1. Reinbek 1974. S. 19-23.





# Die verklärte Diktatur? Vom Umgang mit der DDR heute

**Wolfgang Templin**

Bis in den Herbst hinein und mit Sicherheit auch im nächsten Jahr wird mit einer Flut von Publikationen, Veranstaltungen und Ausstellungen an die Geschichte und das Erbe der DDR

erinnert. Die Intensität mit der beim Jubiläum 2009 gestritten wird, zeigt, wie kurz zwanzig Jahre sein können. Akteure und Zeitzeugen sind zum großen Teil noch präsent, die Erinnerungen noch sehr frisch, Wahrnehmungen und Urteile mehr als kontrovers.

Ein anderes Motiv kommt im Streit um die jüngste Vergangenheit hinzu. Politische Akteure und Anhänger der Linkspartei stellen einen entscheidenden Teil des Potentials von Nostalgie und Relativierung, wie der erbitterte Streit um die DDR als Unrechtsstaat zeigt. Es ist eben nicht nur die Außen- und Europapolitik, es sind nicht nur sozialpopulistische Verheißungen, welche die Substanz der Linkspartei von den Kräften im demokratischen Spektrum trennt. Die Tiefenbindung an das positive, nur eben gescheiterte und auf bessere Weise erneut anzugehende sozialistische Gesellschaftsexperiment ist eine der Klammern für ganz verschiedene Milieus der SED – Nachfolger.

Zu den Stimmen, welche der Gründung und Existenz der DDR eine historische Legitimität unterstellen, an der „Legende vom Guten Anfang“ festhalten und die Gründe für das Scheitern des

„Sozialistischen Experiments“ nach außen verlagern gehören ehemalige Verantwortungsträger und SED-Funktionäre, MfS-Größen, zahlreiche DDR-Intellektuelle, ältere und jüngere Nostalgiker, zahlreiche Funktionsträger der Linkspartei.

Differenziertere Verteidiger räumen innere Defekte dieses Experimentes ein, sprechen aber dennoch von einer versäumtem Chance, die man nicht vom Grundsatz her ablehnen dürfe.

Ihnen stehen unversöhnlich Positionen gegenüber, die auf Mauer, Schießbefehl und Stacheldraht verweisen und in der DDR ein einziges großes Gefängnis sehen. Ein System, auf den Spitzen sowjetischer Bajonette errichtet und von deren Panzern geschützt. So wichtig es ist, den zweiten deutschen Staat als Diktatur und Unrechtssystem wahrzunehmen, das Ausmaß vierzigjähriger Verfolgung und Unterdrückung zu erfassen; mit einer einseitigen Fixierung darauf wird die Mobilisierungs- und Bindungskraft des kommunistischen Experiments und seiner pseudoreligiösen Heilslehre, werden die Motive der Anhänger und Verführten nicht erfasst. Der Unterdrückungsstärke des Systems entsprach eine hohe gesellschaftliche Prägungskraft, die weit über das Ende der DDR als Staat hinausreichte.

Biographische Zeugnisse individueller Entwicklungen, Brüche und Entscheidungen von Menschen, deren Leben auf unterschiedliche Weise mit der DDR verbunden war, können hier zu einer Differenzierung verhelfen, die weder Verharmlosung noch Dämonisierung zulässt. Im Streit der Zeithistoriker um das Primat von System- und Alltagsgeschichte, gibt eine ausschließende Gegenüberstellung nur wenig Sinn. Gerade im Alltagsleben der DDR, in den so genannten Nischen, war der Charakter des Systems tausendfach präsent. Eine materialreiche, realistische Alltagsgeschichte der DDR lässt keinerlei Spielart der Verharmlosung Raum.

## **Formen des Verdrängens**

Wer nach verklärender Memoirenliteratur in Sachen DDR sucht, ist bei der „edition Ost“ gut aufgehoben. Seit den neunziger

Jahren sind dort zahlreiche Größen der obersten Führungsebenen der SED, des Politbüros und Zentralkomitees mit ihren Erinnerungen präsent. Weitere Funktionsträger der Partei, MfS-Generäle, Staatsfunktionäre und „Kulturschaffende“ gesellten sich ihnen hinzu. In der Buchhandlung am Sitz der Linkspartei und weiteren Standorten, vor allem in Ostberlin, füllen sie ganze Regale. Dort gab auch Egon Krenz, Politbüromitglied und letzter Staatsratsvorsitzender der DDR seine „Gefängnisnotizen“ heraus. Krenz galt 1989/90 als hundertprozentige Altlast, so dass er selbst für den Traditionsteil der zur PDS mutierte SED nicht mehr in Frage kam. Sein Selbstbild als Garant des friedlichen Übergangs und neuer Mann der ersten Stunde hält keiner historischen Überprüfung stand, was seine Anhänger nicht daran hinderte, bei Auftritten und Lesungen aus vorangegangenen Büchern von ihm, die Säle zu füllen. Sie nahmen auch seine 2009 erschienenen Gefängnisnotizen, eine einzige Anklage gegen den Rechtsstaat und die „Klassenjustiz“ mit ungebrochener Begeisterung auf. Ein Rechtsstaat und eine „Klassenjustiz“ die ihn ausgesprochen milde behandelt hatten.

Kann man Krenz noch einer Gruppe von Ewiggestrigen und Unrechtsverleugnern zuordnen, die selbst in den Kreisen ehemaliger SED-Genossen und der Linkspartei hoch umstritten ist, so gelang es Hans Modrow als deren Ehrenvorsitzendem, zu einer wahren Integrationsfigur zu werden. Er verschaffte sich noch in den letzten Monaten der DDR einen Ruf als Reformler, der mit persönlicher Integrität für die Erneuerung der Partei und die Umgestaltung des Staatsapparates eintrat. Ganz im Gegensatz zu dieser Aura und von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, betrieb er als letzter Ministerpräsident der DDR die erfolgreiche Rettung und Transformation von Finanzen, Kadern und Logistik für die im Eilverfahren zur Partei des Demokratischen Sozialismus mutierende SED. Im Rahmen der Aktion „Sündenbock“ wurde dem Ministerium für Staatssicherheit unter Erich Mielke die Hauptverantwortung für die DDR-Verbrechen, Verfolgungen und Unrechtsstaten zugeschoben. Intern entschuldigte sich Modrow bei den „Tscheakisten“ für dieses Manöver, dass er mit der notwendigen Rettung der Partei begründete und bedankte sich für den letzten

Dienst, den sie damit der Sache erwiesen. Hinter dem repressiven Charakter des MfS, dass es als „Schild und Schwert der Partei“ auszeichnete, trat die Führungsrolle der SED zurück. In der öffentlichen Wahrnehmung, den Auseinandersetzungen dazu und den damit verbundenen Schuldzuweisungen, wirkt diese Verkehrung bis heute nach. In den mittlerweile erschienenen Bänden seiner Erinnerungen und Rückblicke trug Modrow wenig dazu bei, eine Reihe offener Frage um die letzten Monate der DDR und seine eigene Rolle in der SED zu klären. Seine Doppelrolle am Runden Tisch harrt noch der Aufklärung.

Hans Modrow, Lothar Bisky und Gregor Gysi – auch die beiden Letzteren sind in Büchern, Artikeln und zahlreichen Auftritten in Sachen DDR-Geschichte präsent – stehen für verschiedene Facetten einer gemeinsamen Grundhaltung. Es werden „Demokratiedefizite“ und mannigfache Versäumnisse in vierzig Jahren DDR-Existenz bedauert, sogar Staatsverbrechen werden eingestanden. Festgehalten wird jedoch am „Guten Kern“ des ganzen Unternehmens: die Errichtung einer Gesellschaftsordnung, die mit Einparteienherrschaft und zentraler Planwirtschaft auf anderen Fundamenten ruhte als die kapitalistischen Bundesrepublik und ihre westlichen Verbündeten. Über die gesamte Zeit der Blockkonfrontation hinweg wurde dem DDR-Bürger ein Bild der Bundesrepublik vermittelt, dass mit dem sozialstaatlich gezügelten „Rheinischen Kapitalismus“ mit praktizierter Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nichts zu tun hatte, sondern dem klassischen Ausbeuterstaat im Marxschen Sinne entsprach.

In der Rollenverteilung steht Modrow dabei für den orthodoxen Seniorenteil der Partei, die im Osten hochpräsenten Rentnerkohorten; Bisky ist der väterlich integrative Mann der Mitte während Gysi sich deutschlandweit auf den Podien der Intellektuellen tummelt und dabei Punkte sammelt. Hinzu kommt der Westgewerkschafter und bekennende Christ Bodo Ramelow, der mit seiner Sozialisation über DDR-Unrecht gar nicht so direkt reden kann und schon von daher gegen jedes deutliche Urteil ist. Die jungen Wilden spielen auf einem anderen Feld und ergänzen die Anderen hervorragend. Zusammen haben sie der ausgezehrten

SPD mittlerweile das Fürchten gelehrt.

Wie willkürlich und instrumentell das Führungspersonal der Linkspartei auf dem historischen Parkett agiert, zeigt sich bei Jubiläen, die weit hinter die Geburtsstunde der DDR zurückgehen. So beschworen Gregor Gysi, Petra Pau und Peter Sodann zum Jubiläum der Weimarer Verfassung den guten Anfang einer gefährdeten Demokratie. Die gleichen Parteikader pflegen an den Gräbern von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht den Mythos der tapferen Spartakisten. Man kann Rosa Luxemburg als Revolutionärin würdigen und den Mord an ihr und Karl Liebknecht verurteilen. Zwischen dem Spartakusbund und einer KPD, die unter Thälmann längst alle Abtrünnigen eliminiert hatte, die Weimarer Republik bekämpfte und zu ihrem Untergang beitrug, wird man sich dann doch entscheiden müssen. Will man auf der Seite der Verteidiger oder der Verächter dieser Demokratie stehen?

Das Festhalten am Gegenentwurf und die halbherzige Kritik des eigenen untergegangenen Systems haben Folgen. Beim angestrebten nächsten Anlauf für grundsätzliche Alternativen werden nicht die Fundamente des alten Versuches in Frage gestellt, sondern höchstens die Umstände des zurückliegenden Scheiterns berücksichtigt.

Die Auseinandersetzung mit den sozialen Folgen eines entfesselten Kapitalismus, die verantwortungsbewusste Konservative wie Heiner Geisler und Norbert Blüm, die zahlreiche Sozialdemokraten und Liberale bereits lange vor der gegenwärtigen Krise einforderten, ist dringend notwendig und verlangt Gegenpositionen und Alternativen. Ein systemfixierter Antikapitalismus, der Demokratie und Marktwirtschaft grundsätzlich in Frage stellt und sich aus der Rumpelkammer staatssozialistischer Großentwürfe bedient, gehört nicht dazu. Die fehlende, halbherzig relativierende Auseinandersetzung mit der DDR, die Verteidigung ihrer Fundamente und Errungenschaften, bereitet den Boden für neue untaugliche Utopien.

In der Fülle der Publikationen, die sich als Ratgeber und Rezepte zum Umgang mit der unabsehbar tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise verstehen fallen eine Reihe von Titeln auf, die unverhohlenen Anleihen an das Gestrige machen. Sahra Wagenknecht ist es sich und ihrer Kommunistischen Plattform schuldig, in „Finanzcrash und Weltwirtschaft“ den Untergang der alten Welt zu beschwören und Umriss des Neuen zu zeichnen, welche fatal an bekannte Erlösungsbotschaften erinnern. Zahlreiche ergraute PDS-Altvor dere sind mit ähnlichen Tönen zu vernehmen. Franziska Droh sel, als Vorsitzende der Jungsozialisten Vertreterin einer anderen Generation fragt zu Recht danach, was heute links sein kann. Wie verhält sie sich dann aber zu der Partei DIE LINKEN., welche den Begriff okkupieren und politische Konzepte anbieten, die nicht nur in Sachen Vergangenheitsverdrängung zutiefst restaurativ und reaktionär sind?

Wie verträgt sich der von Droh sel und zahlreichen anderen kritischen Sozialdemokraten vertretene Anspruch auf ein neues Verhältnis von Freiheit, Emanzipation und sozialer Gerechtigkeit mit diesem Gegenüber?

Kann er gegenwärtig oder in naher Zukunft zum Verbündeten werden oder sollte er ein politischer Gegner bleiben, mit dem man sich ohne Verbotsszenarien konsequent auseinandersetzt, ohne in Annäherungsszenarien zu verfallen?

## **Okkupationsregime und Satrapenstaat**

Das Urteil des Sozialhistorikers Hans Ulrich Wehler über die DDR ist so eindeutig wie niederschmetternd. Im 5. Band seiner Gesellschaftsgeschichte Deutschlands, der die Zeit von 1949- 1990 umfasst, widmet er dem zweiten deutschen Nachkriegsstaat nur minimalen Raum. Gemessen am Erfolgsmodell der demokratischen Bundesrepublik existiert für ihn die DDR nur als Negativfolie, als ein von sowjetischer Seite aufgezwungenes Okkupationsregime, als Satrapenstaat. Ihr Ende hinterlässt naturgemäß wenig Spuren, so wie für ihn die deutsche Geschichte von 1945- 1989 durch die Bundesrepublik geprägt wurde, wird es auch die Folgegeschichte danach.

Wehlers Ein- und Herunterstufung der DDR löste eine heftige öffentliche Debatte aus, in der so unterschiedliche Stimmen, wie der ostdeutsche Wissenschaftler Jens Reich und die aus der DDR stammende Schriftstellerin Monika Maron zu Wort kamen. Jens Reich beklagte die Härte der historischen Urteile, fühlte sich dadurch persönlich gekränkt und unternahm den problematischen Versuch der späten DDR Nischenqualitäten abzugewinnen, die sie nur im Binnenhorizont friedfertig etablierter Intellektuellenkreise haben konnte. Monika Maron hingegen, die mit ihrer Biographie und ihren literarischen Texten für kein Milligramm DDR-Nostalgie steht, griff Wehler auf einer anderen Ebene an. Vierzig Jahre DDR-Realgeschichte hätten eine Fülle von künstlerischer Kreativität, kultureller Eigendynamik und gesellschaftlicher Eigenständigkeit hervorgebracht, die nicht in Übereinstimmung und Deckungsgleichheit mit dem Charakter des aufgezwungenen Systems standen. Sie widersprachen ihm, standen quer dazu, suchten und schufen sich begrenzte Freiräume, die immer wieder eingengt und zerstört wurden. Dennoch waren sie dauerhafter Bestandteil der DDR-Realität, prägten Biographien und kulturelle Identitäten, die auch in die Bundesrepublik und deren Geschichte hineinwirkten. Nicht um eine Rücknahme oder Einschränkung der harten Urteile über das DDR-System ginge es, die seien völlig berechtigt, sondern um die Blindheit gegenüber einer eigenen Gesellschaftsgeschichte der DDR, mit all ihren Schatten- aber auch Lichtseiten. Monika Maron und anderen Kritikern Wehlers, wie dem Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk ist hier zuzustimmen. Das reale Gewicht der DDR-Seite im deutsch-deutschen Beziehungsgeflecht kann so nicht sichtbar werden. Sie zur bloßen Fußnote der Geschichte zu erklären, ist nicht nur arrogant, sondern realitätsfremd.

Wehlers Sicht auf die DDR-Geschichte nähert sich zahlreichen weiteren Außenblicken an, welche die Abstufungen zwischen Schwarz und Weiß, Tätern und Opfern, welche die inneren und äußeren Entwicklungen von Biographien zugunsten summarischer Urteile vernachlässigen. Damit wird nicht nur der kollektive Aufschrei all derjenigen provoziert, die ihr eigenes Positivbild beschädigt sehen, sondern die Möglichkeit, das Innenleben einer

Diktatur in all seinen Abstufungen wahrzunehmen.

Abrechnungsbücher, wie die jüngste Publikation des Historikers Hubertus Knabe, der „Honeckers Erben“ auf der Spur ist, geraten in Gefahr, die ohnehin festgefahrenen Fronten in der Vergangenheitsdebatte weiter zu verhärten. Knabe konzentriert sich auf das Fortwirken des Gestern in den politischen Zirkeln und Initiativen der Linkspartei, zeigt die Erfolge von deren Strategien und Unterwanderungstaktiken auf. Damit macht er sich zum Hassobjekt der Nostalgiker und Vergangenheitsbeschöniger aller Couleur, stößt aber auch bei zahlreichen anderen Beteiligten auf Befremden. Seine Befunde und Belege sind größtenteils stimmig und er argumentiert stringent, dennoch nimmt er sich mit dem Gestus der Unduldsamkeit viel von der erhofften Wirkung. In dem Anspruch „Die Wahrheit über die Linke“ zu verkünden, steckt die Gefahr der Verabsolutierung. Zwischen dem historisch hoffnungslos festgefahrenen Block der alten Genossen, den Strategen einer gelenkten Geschichtspolitik und den zahlreichen Mitgliedern und Anhängern, die noch in der Auseinandersetzung damit stehen und eigene Fragen formulieren, sollte in Urteil und Umgang deutlich unterschieden werden. Nicht jeder Protest gegen soziale Ungerechtigkeit und nicht jeder Aufruf zu einer Erneuerung der politischen Kultur muss zur Verteidigung von DDR-Errungenschaften führen und zur Relativierung von DDR-Unrecht beitragen. Mit der Benennung eigener Fragen und der Bereitschaft zur Diskussion, die Auseinandersetzung in die Reihen und Anhänger der Linkspartei selbst hineinzutragen, dürfte lohnender sein, als durch Generalangriffe die Reihen der Gegenüber erst recht zusammenzuschmieden.

## **Biographie und Gesellschaft**

Am Beispiel der DDR zeigt sich, welche Chancen biographische Annäherungen haben können, das Verhältnis von individuellen Lebenssituationen und Gesellschaftsgeschichte genauer wahrzunehmen und auszuleuchten. Darstellungen, die nicht zur Rechtfertigung geraten, die Brüche und Systemkonflikte aus dem familiären Kontext herausarbeiten, finden sich in jüngst erschie-

nenen Büchern von Susanne Schädlich und Irina Liebmann. In „Immer wieder im Dezember: der Westen, die Stasi, der Onkel und ich“ schildert die Tochter des Schriftstellers Hans Joachim Schädlich eine Geschichte intimen Verrates, zerrissener und zerstörter Familienbeziehungen und der Schmerzen im Umgang mit der deutsch-deutschen Doppelrealität. Schädlich, der zu den DDR-Intellektuellen gehörte, die sich gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns stemmten, verlor anschließend die Existenzgrundlage und wurde mit der Familie in den Westen getrieben. Sein Bruder, der Historiker Karlheinz Schädlich, Susannes geliebter Onkel, war aus Überzeugung und Leidenschaft insgeheim für die Staatssicherheit tätig, forschte Schädlich und dessen Familie im Westen weiter aus, verriet und manipulierte ihn nach Kräften. An dieser Situation und dem Unvermögen mit der deutsch-deutschen Doppelrealität umzugehen zerbrach die Familie. Nach Jahrzehnten gräbt sich Susanne Schädlich in die „lüstern-gemeine Prosa“ der Stasi-Akten hinein, konfrontiert ihr Bild des Onkels mit der Realität, mit dessen Zynismus und geradezu exzentrischer Freude am Zerstörungswerk. Eine Geschichte, an deren Ende weder Heilung noch Versöhnung stehen können, höchstens die Souveränität des gewonnenen Abstandes, gefasst in eine literarische Verarbeitung.

Die Schriftstellerin Irina Liebmann, als Tochter Rudolf Herrnstadts in der DDR aufgewachsen, brauchte Jahrzehnte, bis sie sich der Geschichte ihres Vaters literarisch nähern konnte. Der überzeugte Kommunist und begabte Intellektuelle Herrnstadt spielte als Chefredakteur des Neuen Deutschland und Kandidat des Politbüros der SED eine entscheidende Rolle im politischen Leben der frühen DDR. Als Gegner und Konkurrent Walter Ulbrichts setzte er sich 1953 für dessen Absetzung und einen offeneren deutschen Weg zum Sozialismus ein. Herrnstadt verlor die Auseinandersetzung mit Ulbricht, der sich nach dem 17. Juni die Rückendeckung Moskaus sichern konnte, wurde, wie seine Verbündeten als Fraktionsmacher verurteilt, aller Ämter enthoben und in das Merseburger Archiv abgeschoben, wo er die Jahre bis zu seinem Tod 1962 verbrachte. Irina Liebmann nimmt sich der Person und Geschichte ihres Vaters in einer Form an, welche die Gattungsgrenzen sprengt. Romanhafte Elemente, Züge eines historischen

Sachbuches, dann doch fast die Gestalt eines Dramas bestimmen die Darstellung des Lebensweges, der Konflikte und der deprimierenden letzten Lebensjahre Herrstadts. Die Tochter vermeidet jede Mythologisierung und Verklärung, tritt in den Dialog mit ihrem Vater in einer Weise ein, die den Realitätsgehalt seiner bis zum Lebensende hochgehaltenen kommunistischen Utopie offen lässt.

In noch einmal anderer Weise kann die fünfbandige Edition der Tagebücher des Malers, Dramatikers, Regisseurs und Prosaschriftstellers Einar Schleef nicht nur die DDR-Realität nahe bringen. Die Tagebucheintragungen reichen von 1953 bis in die neunziger Jahre und spiegeln die Konflikte künstlerischer Existenz in der diktaturgeprägten DDR wider, sind Dokumente einer unausgesetzten Suche und inneren Auseinandersetzung. Schleef verweigert sich der polarisierenden Einordnung als Staatskünstler oder Widerstandskämpfer, wechselt in den siebziger Jahren die Orte seiner künstlerischen Produktionen nach Wien und in die Bundesrepublik, bleibt der DDR dennoch zutiefst verbunden. Späte Höhepunkte sind die Inszenierungen der neunziger Jahre am Berliner Ensemble, die ihn erneut mit seinem Kollegen und künstlerischen Antipoden Heiner Müller zusammen bringen. Müller, dessen nachgelassene Notizen und Gespräche jetzt im Rahmen einer Gesamtedition erscheinen, wurde als Staatskünstler hofiert und als Außenseiter misstrauisch beäugt, galt den einen als gesinnungsloser Zyniker während andere in ihm den Verkünder einer verschlüsselten historischen Botschaft sahen, welche die einfachen Glaubenssätze der kommunistischen Heilslehre intellektuell übersprang. Müller, der sich an der DDR rieb, die Blindheit der meisten ihrer Funktionäre verachtete, dennoch mit den Organen des Staates und dem MfS kooperierte und sich im Dienste der großen Sache sah, trat bei der Großdemonstration des 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz auf. Er sprach dort von der Möglichkeit einer besseren DDR, einer DDR, deren letzte Stunden bereits zu schlagen begannen.

Wenn es um die Arbeit der Zeithistoriker geht, hat sich der Prinzipienstreit zwischen den Verfechtern einer Systemsicht der DDR,

welche die harten Fakten der Diktatur und des Unrechts reklamieren und den Vertretern einer weitaus entspannteren Sicht auf deren Alltagsleben weitestgehend erledigt. Jede intensive Beschreibung des Alltags und der gesellschaftlichen Realität in der frühen aber auch der späteren DDR kann mehr über Systemzwänge, Konformitätsdruck und Anpassungsleistungen aussagen als die alleinige Fixierung auf die Staatsicherheit und die anderen Teile des Repressionsapparates. Eine solche Beschreibung wird aber auch freilegen, wie sich Verweigerung und widerständiges Verhalten im Alltag niederschlugen, wie viel Phantasie und Kreativität das Suchen eigener Lebensformen unter Zwang und Kontrolle freisetzte.

Der Historiker Stefan Wolle, selbst in der DDR geboren und aufgewachsen, legte mit seiner Arbeit „Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR“ bereits vor Jahren ein dichtes Porträt der Honecker-Ära vor. Das Bild welches dabei entstand, ist ungemein farbig und enthält viele Facetten. Witz und Humor durchziehen nahezu alle Lebensbereiche, privates Leben konnte durchaus angstfrei sein, nichts jedoch fügt sich zum Genregemälde eines entspannten Pantoffelstaates. Sein Kollege Ilko-Sascha Kowalczyk unternimmt zwanzig Jahre nach den Ereignissen des Revolutionsjahres 1989 den wichtigen Versuch, die Voraussetzungen und die gesellschaftliche Vorgeschichte der Massenproteste und Demonstrationen des Herbstes nachzuzeichnen. Sein Buch „Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR“ umfasst 600 Seiten, die man am liebsten in einem Zug durchlesen möchte. Mehr als 300 Seiten sind dabei einem Zustandsbild der DDR in den achtziger Jahren, also der späten Honecker-Zeit gewidmet. Ein buntes, farbiges Panorama entsteht, zugleich jedoch das Bild einer unheilbar kranken Gesellschaft. Die viel beschworenen sozialen Errungenschaften werden als politisch motiviertes, schlecht funktionierendes Zuteilungswesen beschrieben, dessen Kosten das ohnehin ineffiziente System der Kommandowirtschaft in die Knie gehen ließ.

Die Gemütlichkeit und Wärme des Kollektivlebens kontrastiert mit Einordnungs- und Kontrollfunktionen, welche die Arbeits-

brigaden und Nachbarschaften in Form der Hausgemeinschaften innehatten. Raubbau an der ökologischen und ökonomischen Substanz war nicht die Ausnahme sondern die Regel. Dem wachsenden Potential an Verweigerung und Aussteigertum, den Bemühungen um alternative Lebensentwürfe, den Kreisen der Oppositionellen und Dissidenten stellt Kowalczuk eine Mehrheitsgesellschaft gegenüber, die sich bis kurz vor Toresschluss systemloyal verhielt und in weiten Teilen kollaborierte. Mit veränderten Methoden und diffizileren Strategien der Kontrolle und Repression, blieb die DDR bis zu ihrem Ende eine harte Diktatur, die mit ihren Untertanen weder fürsorglich noch schonend umging. Als die Massenproteste des Herbstes 1989 eine revolutionäre Qualität erreichten, gingen die Vertreter der Macht in die Knie, weil ihnen das eigene Überleben wichtiger war als der heroische Untergang. Kowalczuk hält zu Recht am Begriff der Revolution fest und warnt zugleich vor jeder Heroisierung und damit verbundenen Illusionen. Die DDR brach als System zusammen, hinterließ jedoch als Folgen jahrzehntelanger Sozialisation und Konditionierung stabile Prägungen und Sozialisationsmuster, die auch an die Folgeneration weitergegeben werden.

Angesichts dieser Erbschaft und der damit verbundenen politischen Nachlaßverwalter sollten sich rot-rote Planspiele, wie sie derzeit modisch werden, von selbst verbieten.

## Literatur

Drohse, Franziska (2009); Was ist heute links, Campus

Höpcke, Klaus (2009) ; Über linke Heimatliebe, Edition Ost

Kipping, Katja (2009) ; Ausverkauf der Politik. Für einen demokratischen Aufbruch, Econ

Knabe, Hubertus (2009); Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE, Prophyliän

Kraus, Matthias (2009); Die Partei hatte manchmal Recht, Dietz

Kowalczyk, Ilko-Sascha (2009); Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. C.H.Beck

Krenz, Egon (2009); Gefängnisnotizen, Edition-ost

Liebmann, Irina (2008); Wäre es schön?, es wäre schön! Mein Vater Rudolf Herrstadt, Berlin Verlag

Mittenzwei, Werner (2003); Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945-2000 , Aufbau – Verlag

Müller, Heiner (2009); Gespräche.Bd.1-3., Suhrkamp

Schädlich, Susanne (2009); Immer wieder Dezember: der Westen, die Stasi, der Onkel und ich, Droemer

Schleef, Einar (2009); Tagebuch 1981-1998, Suhrkamp

Wagenknecht, Sahra (2009); Wahnsinn mit Methode. Finanzcrash und Weltwirtschaft, Das Neue Berlin

Wehler, Hans-Ulrich (2008); Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd.5.: Bundesrepublik und DDR 1949-1990, C.H. Beck-Verlag

Wolle, Stefan (1998); Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR, Links Verlag



**Prof. Dr. Christoph Kleßmann**

**Vier Thesen zur Diskussion im  
Rahmen der Tagung  
„Linksextremismus –  
Die unterschätzte Gefahr“**

1. Ich setze ein Fragezeichen hinter den Titel, weil ich die oft behauptete Verklärung als gravierendes Phänomen für relativ marginal halte. Die viel diskutierte „Ostalgie“ ist etwas anderes als Verklärung. Sie ist z.T. „normal“ (das

betont z.B. Mathias Platzeck in seinem Interview im „Spiegel“ vom 18. 5. 2009), z.T. sicher eine selektive Erinnerung und verharmlosende Wahrnehmung aus der Rückschau, aber keine wirkliche Verklärung. Man kann durchaus die Meinung vertreten, dass die umgekehrte Gefahr nicht minder groß ist: die Dämonisierung durch Vergleich, wie Wolfgang Wippermann in einer jüngst erschienenen Schrift argumentiert, auch wenn ich seinen Thesen insgesamt nicht folge. Denn die Unterschiede zwischen beiden Diktaturen in Deutschland sind riesig. Dass die SED-Diktatur trotz aller Brutalität und Perversiön auch nicht annähernd an die NS-Diktatur heranreicht, wird bisweilen im Eifer des Gefechts vergessen und provoziert umso schärfere Reaktionen, und zwar nicht nur derjenigen, die mit dem Antifaschismusmythos der SED groß geworden sind.

Verklärung gibt es durchaus, z.B. bei ehemaligen Stasioffizieren, in Memoiren hoher Funktionsträger und vielleicht auch bei unbedarften Zeitgenossen, die ohne individuelle Perspektive von Hartz IV leben. Als ein Beispiel dafür, wie unverfroren und dreist Beteiligte an der offenen Rechtfertigung und Bagatellisierung ihrer kriminellen Rolle gegen alle breit dokumentierte wissenschaftliche Einsicht arbeiten, nenne ich das umfängliche Pamphlet von 20 hochrangigen Stasi-Offizieren, das 2003 im Verlag edition ost mit einem Plädoyer des

zeitweiligen Innenministers und CDU-Fraktionsvorsitzenden im Brandenburgischen Landtag Peter Michael Diestel erschienen ist. Es hat zwar vernichtende Rezensionen erhalten, wird aber vermutlich auch erhebliche „klammheimliche Freude“ beim Heer der Ehemaligen ausgelöst haben. Daraus nur zwei Zitate von Diestel: „Dieses Buch genügt wissenschaftlichen Ansprüchen und steht damit im auffällige Gegensatz zu mehr oder minder seichten Elaboraten von Mächtgern-Historikern, Politikern im Talar, einäugigen Bürgerrechtlern sowie unzähligen Viel- und Dampfschreibern“. „Mir ist nicht bekannt, dass ein einziger westdeutscher Geheimdienstler deshalb auch nur moralisch belangt worden wäre – während ostdeutsche Geheimdienstler die Tradition preußischen Spießrutenlaufes fortsetzen mussten.“

Im Regelfall ist in diesen Fällen „nichts zu machen“ und man kann nur auf die „biologische Lösung“ warten. Trotz hoher Professionalität in der Organisation der Altkader und gekannter Ausnutzung aller Schwächen des Rechtsstaats geht m.E. von diesen Gruppen keine wirkliche Gefahr für das politische System oder die politische Kultur unseres Landes aus und Alarismus ist unnötig.

2. Beunruhigender sind für mich die Bilanzen, die seriöse Sozialwissenschaftler wie Wilhelm Heitmeyer über die nach wie vor ungebrochene oder sogar vertiefte Entfremdung und Distanz zwischen Ost und West im vereinigten Deutschland vorgelegt haben (zuletzt 2008). Die Untersuchung von Wilhelm Heitmeyer liefert dazu folgende handfeste Daten, die ähnlich auch aus den 90er Jahren bekannt sind, für die Gegenwart aber überraschen: 73 % der Befragten stimmten der Aussage zu „irgendwie sind Ostdeutsche Bürger zweiter Klasse“. Ähnlich hoch (77%) lag der Anteil bei der Feststellung „Ostdeutsche erhalten weniger als ihren gerechten Anteil“ und (72%) „die Westdeutschen bemühen sich zu wenig um Verständnis für die Ostdeutschen“. Die gesellschaftliche Situation sei, so Heitmeyer, „labiler als es der Öffentlichkeit bewusst ist, zumal die Auswirkungen der dramatischen Finanzkrise seit Oktober 2008 mit den unabsehbaren Konsequenzen für den Arbeitsmarkt

und das Vertrauen in das demokratische System der Zukunft vollkommen unklar sind.“ (ZEIT vom 4.12.2008)

Niemand kann derzeit genau feststellen, wie sich solche Einstellungen sozial, regional, altersmäßig und politisch verteilen, wie viel Ostalgie und Ressentiment gegen „die Wessis“ bei wem verbreitet ist und umgekehrt. Die journalistischen Bilanzen wechseln ebenso schnell wie die Ergebnisse von Umfragen. Als Eindruck lässt sich zwar eine gewisse „Normalisierung“ im Ost-West-Verhältnis konstatieren. Dazu gehört aber offenbar auch ein erheblicher und relativ konstanter Bodensatz von „Wendeopfern“ in der Eigeninterpretation. In der Kommentierung der Presse werden solche Befunde meist als unpassende oder gefährliche Ostalgie der Unverbesserlichen abgetan oder auch als marginale Erscheinungen eingestuft.

Der zentrale Aspekt, der bis heute die Verwerfungen im sozialen und mentalen Einigungsprozess bestimmt, ist das Gefühl und die Erfahrung der Abwertung und der Zweitrangigkeit. Auf diesem Boden blüht der Weizen der PDS bzw. der Linken. Auch hier wird vieles unvermeidlich sein, weil die Ostdeutschen anders als die Osteuropäer ihre Erwartungen an der westlichen Hälfte der gleichen Nation maßen und messen. Für jüngere Generationen spielt es aber mittlerweile offenkundig nur noch eine untergeordnete Rolle. Insofern kann das Rezept, sofern es eins gibt, nur lauten: gravierende Unterschiede aus der Teilungszeit akzeptieren und auf die verändernde Wirkung der Zeit setzen. Wichtig bleibt dabei eine oft vergessene Einsicht, die eigentlich banal ist: Es gibt nicht „die Ostdeutschen“ (ebenso wenig wie das westliche Gegenstück), allenfalls kann man von tendenziell mehrheitsfähigen Positionen sprechen.

Die Erwartung, nach 40 Jahren Trennung könne es schnell wieder eine deutsche Gesellschaft geben, weil doch alle Deutsche sind, war trügerisch. Selbst bei den von einem starken Nationalismus geprägten Polen war das 1919 nicht der Fall, als ein selbständiger Staat wieder begründet wurde. Die fast

150 Jahre dauernde Teilung Polens hat noch Jahrzehnte lang nachhaltige Spuren hinterlassen – manche behaupten bis heute. In der Erwartung einer schnellen Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse und der Mentalitäten liegt vielleicht auch für Deutschland eines der schwierigsten, ungelösten und auch nicht schnell lösbaren Probleme. Hier gibt es große Defizite, weil die Prägekraft der Nachkriegsgeschichte ignoriert wird. Zudem ist sorgfältige Recherche und Differenzierung nötig, weil historische Kurzschlüsse leicht viel politisches Porzellan zerschlagen. So hat etwa die Äußerung des brandenburgischen Innenminister Schönbohm, die spektakulären Säuglingsmorde in Frankfurt/Oder seien eine Nachwirkung der vom SED-Regime erzwungenen Proletarisierung, zu Recht hohe Wellen der Empörung ausgelöst.

Die 1989/90 schon oft totgesagte PDS erscheint immer noch auf einem frappierenden Vormarsch in den Regionen und Kommunen. Die politische Kritik an der PDS ist zwar notwendig, aber sie greift mit dem Etikett „Nachfolgepartei der SED“ oder mit „Rote-Socken-Kampagnen“ zu kurz. Der PDS ist es gelungen, dem in Ostdeutschland verbreiteten Gefühl, im Prozess der Vereinigung benachteiligt und Deutsche zweiter Klasse zu sein, wirksamen Ausdruck zu verleihen. Die aus der DDR-Erfahrung stammende Priorität „des Sozialen“ gegenüber politischer Freiheit lässt sich hier in ökonomisch schwierigen Zeiten in politischen Zuspruch ummünzen. Das geschieht mit einem gnadenlosen Sozialpopulismus, dem man wahrscheinlich nur durch Beteiligung an der politischen Verantwortung die Zähne ziehen kann (wie ansatzweise in Berlin). Andererseits: Eine allzu starke Fixierung auf die PDS ergibt ein schiefes Bild. Schließlich wählen (auf Länderebene) zwei Drittel der Ostdeutschen diese Partei nicht.

3. Ein leidiges Problem bleibt die Form und Tonlage der Aufarbeitung der DDR-Geschichte, genauer der Geschichte der SED-Diktatur. Aufarbeitung ist nötig und die fatale Verspätung der Auseinandersetzung, wie sie die alte Bundesrepublik erlebt hat, soll sich nicht wiederholen. Sie hat sich auch nicht

wiederholt. Gibt es jetzt das Gegenteil davon? Zumindest in diesem Jahr stellt sich wieder einmal der Eindruck von einem medialen overkill ein, der möglicherweise auch Überdross erzeugt und damit nicht unbedingt zur „Aufarbeitung“ beiträgt. Ebenso sind plakative Polemik und eine ausschließliche Betonung der repressiven Seiten der SED-Diktatur der falsche Weg zu einer historischen Aufklärung. Daher halte ich auch die noch anhaltende aufgeregte Debatte über das Etikett „Unrechtsstaat“ für völlig unproduktiv. Selbstverständlich war die DDR wie jede Diktatur ein Unrechtsstaat. Aber damit wird weder ein komplexes Staatsgebilde zureichend erfasst noch werden die heterogenen und widersprüchlichen Erfahrungen angemessen charakterisiert.

Aus der Geschichte der NS-Aufarbeitung lässt sich Einiges lernen. Überraschend ist allerdings, wie wenig das bisweilen geschieht. Der Forschungsverbund SED-Staat in Berlin etwa, der die Debatte um die „Bindungskräfte“ der Diktatur als einen Ansatz zum „Weichspülen“ verteufelt, verkennt mit seiner Kritik völlig die wirklichen Probleme. Erstaunlich scheint mir ebenso die immer wieder aufbrechende Debatte über den ominösen „Alltag“. Der Vorwurf der Verharmlosung und „Weichzeichnung“ ist eine groteske Verschiebung der notwendigen und wirklich spannenden Fragen. In der NS-Forschung hat seit den 70er Jahren längst dieses wichtige Thema die Fixierung auf Terror und Verbrechen ergänzt und damit gerade die gesellschaftsgeschichtliche Dramatik dieser Perspektive in den Vordergrund gerückt. Die Grautöne in der Diktatur sind das schwierig zu erfassende, aber besonders interessante und auch relevante Feld, weil hier Erfahrungsgeschichte der Betroffenen stärker mit einfließt. Denn ohne Zweifel hat die SED-Diktatur, auch wenn sie anders als der Nationalsozialismus ein sowjetisches Implantat war, durch ihr Bekenntnis zum Antifaschismus und durch sozialpolitische Wohltaten, aber auch durch die Konkurrenz zur vermeintlich „restaurativen BRD“ Loyalitäten geschaffen. Individuelle und kollektive Erinnerungen dürfen daher, auch wenn sie oft diffus sind, nicht als bloßes Gegenstück zur „objektiven“

Geschichtsschreibung abgetan werden. Strukturanalyse und Erfahrungsgeschichte sind vielmehr zwei notwendige und komplementäre Seiten einer Medaille, um komplexere Einsichten zu vermitteln.

Dazu sollte auch ein differenziertes selbstkritisches Nachdenken über die Zeit vor 1989 und über manche Formen der Vereinigung nach 1990 gehören. Wie soll man beurteilen, dass sich westdeutsche Ministerpräsidenten aller politischen Couleur zu Besuchen bei Honecker die Klinke in die Hand gaben, dass sich Wirtschaftsfachleute, Journalisten, Wissenschaftler vor 1989 mit hohen und niederen Funktionären der SED trafen und gemeinsam interessierende Probleme erörterten, später aber von den „politischen Schmuttelkindern“ nichts mehr wissen wollen? Warum wurden Kitas, Schulformen, Polikliniken nach 1990 erst einmal aufgelöst oder öffentlich diskreditiert, das dringend reformbedürftige westdeutsche Universitäts- und Wissenschaftssystem reichlich phantasielos dem zweifellos noch viel reformbedürftigeren ostdeutschen System übergestülpt? Warum war die Reform der Reform des Paragraphen 218 plötzlich wieder Gegenstand öffentlicher Debatten, was DDR-Frauen als grotesken Rückfall in uralte Zeiten empfanden und empfinden mussten? Derartige Beispiele ließen sich vermehren.

Solche kritischen Fragen gehören m.E. in ein umfassendes, selbstkritisches Aufarbeitungskonzept, das die Chance hat, die Adressaten in Ost und West überhaupt zu erreichen und nicht reflexartig Blockaden auszulösen oder Stereotype zu bestätigen.

4. Der Begriff Erinnerungskultur umreißt ein Feld, das sich seit Jahren geradezu inflationär entwickelt hat und zu einem Modethema geworden ist. Zwar werden sich überzogene Trends in der erinnerungskulturellen Debatte möglicherweise bald wieder totlaufen, aber dass die Dimension des Gedächtnisses und der Erinnerung neben den „bruta facta“ ihre eigene, besondere Bedeutung behält, scheint evident und richtig. Die

DDR-Geschichte sollte und wird sich aber nicht in die Erinnerungskultur verflüchtigen.

Dass auch für die historisch-politische Aufklärung über die DDR-Geschichte noch viel zu tun ist, haben in jüngster Zeit alarmierende Meldungen deutlich gemacht. Empirische Erhebungen belegen, auf welchem kläglichen Niveau sich bisweilen die Kenntnisse von Schülern über die SED-Diktatur bewegen, aber auch, wie rosarot das Bild der SED-Diktatur in großen Teilen insbesondere der ostdeutschen Bevölkerung immer noch oder wieder geworden ist. Warum ich daraus keinen Alarmismus ableite, habe ich eingangs erläutert. Im Übrigen: Man sollte sich keine Illusionen machen über die Geschichtskennnisse von Schülern zu anderen Epochen und Diktaturen.

Ein wohl nie befriedigend zu lösendes Problem stellt dagegen die justizielle Aufarbeitung dar. Zwar begann sie für die DDR im Unterschied zur NS-Zeit sofort, aber das Ergebnis war aus der Sicht der Opfer ähnlich kläglich. In seinem Buch mit dem spektakulären Titel „Die Täter sind unter uns“ – in gewollter Anlehnung an Wolfgang Staudtes Film von 1946 „Die Mörder sind unter uns“ – hat der Historiker und Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen Hubertus Knabe viel Material dazu zusammengetragen und eine harsche Kritik formuliert. Die Recherchen sind wichtig, die plakativen Vergleiche mit der NS-Diktatur jedoch völlig daneben.

Am Rückwirkungsverbot wurde im Einigungsvertrag mit wenigen Ausnahmen festgehalten, was in den Augen vieler ein moralisch-politisches Versagen zur Folge hatte: In dem viel zitierten Ausspruch der DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley – „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat“ – hat diese Empörung prägnant Ausdruck gefunden. Und doch: Mit rechtsstaatlichen Mitteln ist Diktaturen nach ihrem Ende nicht beizukommen. Großzügige Amnestien wie in der Adenauer-Ära sind letztlich wohl effektiver für die soziale Integration politisch belasteter Funktionseleiten als eine konsequente Bestrafung, was allerdings die oft skandalösen Praxis

bei der Verfolgung von NS-Verbrechen gleichwohl keineswegs rechtfertigt.

Die Bilanz der DDR-Aufarbeitung fällt somit ambivalent aus. Als ein großer Erfolg stellt sie sich gemessen am Umgang mit der NS-Vergangenheit in den ersten zwei Jahrzehnten nach 1945 dar; die Intensität der Forschung ist beispiellos. Eher zwiespältig hingegen gestaltet sich in Anbetracht von Ostalgie und verbreitetem Nicht-Wissen die Erinnerungskultur. Auch hier hat sich viel verändert. Aber zum Leben in den Grauzonen der Diktatur gehören auch selektive positive Erinnerungen und Erfahrungen, die man Ernst nehmen muss und nicht gleich polemisch abtun sollte. Als größtenteils gescheitert schließlich muss die Aufarbeitung in den Augen vieler Opfer des SED-Regimes erscheinen, die nach Jahren in einer Diktatur auf Gerechtigkeit gehofft hatten. Dass es hier keine „glatten“ und wirklich befriedigenden Lösungen geben kann, gehört jedoch zu den bitteren Ambivalenzen des Rechtsstaats.



# „Alter Wein in neuen Schläuchen“? Oder: Wie extremistisch ist die Partei DIE LINKE?

Prof. Dr. Richard Stöss

Ich werde mich in der gebotenen Kürze auf zwei Punkte konzentrieren: Im ersten Schritt werde ich die Leitfrage „Wie extremistisch ist die Partei DIE LINKE?“ aus der Perspektive des Verfassungsschutzes beantworten. Im zweiten Schritt werde ich DIE LINKE aus der Perspektive der Parteienforschung beurteilen.

## **Zu Punkt 1:**

Die Beantwortung der Frage „Wie extremistisch ist die Partei DIE LINKE?“ hängt davon ab, wie Extremismus bzw. Linksextremismus definiert wird. Extremismus ist bekanntlich kein Rechtsbegriff, er findet sich in keinem Gesetz, in keinem Gerichtsurteil und auch nicht im Grundgesetz. Es handelt sich um einen Arbeitsbegriff der Verfassungsschutzbehörden. Deren Aufgaben beschreibt das Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) u.a. wie folgt:

*„Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen über (1) Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsfüh-*

*„rung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben.“ (Hv. R.St.)*

Es geht also vorrangig um Bestrebungen der LINKEN gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Kennzeichnend für die freiheitliche demokratische Grundordnung sind nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (SRP-Verbot 1952) acht Prinzipien:

- die Menschenrechte,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip und
- die Chancengleichheit der Parteien einschließlich der Oppositionsfreiheit.

Die Ausgangsfrage kann also dahingehend präzisiert werden, ob Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sich die LINKE gegen eines der genannten oder sogar gegen alle Verfassungsprinzipien richtet. Bevor ich mich mit den diesbezüglichen Vorhaltungen des Bundesamts für Verfassungsschutz befasse, zunächst noch die amtliche Definition von „Linksextremismus“:

*„Linksextremisten wollen je nach ideologischer Ausrichtung anstelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft oder eine ‚herrschaftsfreie‘, anarchistische Gesellschaft etablieren und orientieren ihr politisches Handeln an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Ideologien.“*

In dieser Definition werden Sozialismus und Kommunismus unzulässigerweise gleichgesetzt. Viele sozialdemokratische oder

sozialistische Parteien Westeuropas nahmen oder nehmen für sich einen demokratischen Sozialismus in Anspruch und grenzen bzw. grenzen sich scharf gegen einen autoritären und erst recht gegen einen totalitären Kommunismus marxistisch-leninistischer Prägung ab. Auch die bundesdeutsche SPD strebte bis in die fünfziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts einen demokratischen Sozialismus an. Erinnerung sei an das Wort von Kurt Schumacher: „Die deutsche Demokratie wird sozialistisch sein oder sie wird überhaupt nicht sein“. Und Schumacher war ein vehementer Gegner des Sowjetkommunismus.

Auch im Godesberger Programm von 1959 stellte sich die SPD in die Tradition des demokratischen Sozialismus, und selbst in dem heute noch gültigen Grundsatzprogramm der SPD, dem Berliner Programm, wird auf diese Tradition verwiesen. Sozialismus ist per se nicht antidemokratisch. Er kann es sein, muss es aber nicht sein. Entscheidend ist die Frage, ob er sich ganz oder teilweise gegen die genannten acht Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung richtet.

Worin bestehen nun die diesbezüglichen Vorhaltungen des Verfassungsschutzes gegenüber der LINKEN?

Interessanterweise wird der Partei im Verfassungsschutzbericht des Bundes von 2007 ein gesondertes Kapitel gewidmet, in die Berechnung des Linksextremismuspotenzials gehen aber nur die Mitglieder der Kommunistischen Plattform (KPF) sowie „Mitglieder weiterer offen extremistischer Zusammenschlüsse“ innerhalb der LINKEN ein. Und im Text heißt es: „Wie bisher ... wirken offen extremistische Kräfte auch in der Partei ‚DIE LINKE‘ fort.“ Gemeint sind neben der KPF das Marxistische Forum (MF), der Ge- raer Dialog/Sozialistischer Dialog (GD/SD), die Sozialistische Linke (SL) sowie die Arbeitsgemeinschaft „Cuba Si“.

Die vom Verfassungsschutz angeführten Verdachtsmomente beziehen sich hauptsächlich auf einen Punkt: den Antikapitalismus, der von den verschiedenen innerparteilichen Strömungen mehr oder weniger drastisch zum Ausdruck gebracht wird.

Die genannten acht Verfassungsprinzipien beziehen sich allerdings nur auf die politische Ordnung der Bundesrepublik, nicht auf ihre Wirtschafts- und Sozialordnung. Das Grundgesetz gibt absichtlich keine bestimmte Wirtschafts- und Sozialordnung vor. Daher sind entsprechenden Reformabsichten keine verfassungsrechtlichen Grenzen gesetzt, soweit sie die Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG), die freie Wahl des Berufs, des Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte (Art. 12 GG) und die Eigentumsgarantie (Art. 14 GG) gewährleisten. Enteignung und Sozialisierung sind durch das Grundgesetz gedeckt (Art. 14 u. 15 GG), die Einführung eines staatssozialistischen Systems nach dem Vorbild der DDR wäre allerdings verfassungswidrig. Belege dafür, dass die Linkspartei derartige Absichten verfolgte, werden vom Verfassungsschutz nicht präsentiert.

Im Übrigen verfügen weder die Partei als ganzes noch einzelne innerparteiliche Strömungen über ein alternatives Wirtschaftskonzept. Die vorhandenen programmatischen Aussagen und die Reden der Spitzenpolitiker beschränken sich im Wesentlichen auf (oft verbalradikale) Kapitalismuskritik. Kapitalismuskritik ist allerdings (ebenso wie Demokratiekritik) durch die Meinungsfreiheit gedeckt und jede Partei ist frei, sich so viel Kapitalismuskritik in ihr Programm zu schreiben, wie sie will.

Insoweit von der LINKEN konkrete Gegenmaßnahmen vorgeschlagen werden - und dabei handelt es sich vor allem um den extensiven Ausbau des Sozialstaats, um eine drastische Korrektur der Vermögensverteilung und um Demokratie in der Wirtschaft -, stoßen sie allenfalls auf Finanzierungsvorbehalte, stehen aber nicht im Verdacht, sich gegen die acht Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu richten.

Bleibt noch die Frage zu klären, wie sich die vor allem von KPF-Mitgliedern mehr oder weniger offen zum Ausdruck gebrachten Sympathien für die gescheiterten staatssozialistischen Systeme des damaligen Ostblocks oder für Kuba zu beurteilen sind. Teilweise wird sogar der Stalinismus verharmlost oder sogar gerechtfertigt. Sind derartige Verlautbarungen durch die Meinungsfreiheit

gedeckt oder kommt darin eine Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zum Ausdruck?

Das Argument des Verfassungsschutzes, dass in derartigen Fällen durchaus der Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen besteht, ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, wenn die Behörden auch nicht nachvollziehbar belegen, dass sich mit derartigen Meinungen konkrete Bestrebungen gegen den Wesenskern des Grundgesetzes verbinden.

Jedenfalls werden derartige Verdachtsfälle innerparteilichen Gruppierungen zugeschrieben, die gerade einmal drei Prozent der Parteimitglieder ausmachen und keinen Einfluss auf die politische Praxis der Positionsinhaber und Mandatsträger der LINKEN haben.

## **Zu Punkt 2:**

In der Parteienforschung zählt die PDS zum Typ der Kommunistischen Nachfolgeparteien bzw. Postkommunistischen Parteien. Dies hat sich nicht grundlegend durch die Fusion mit der wesentlich kleineren WASG verändert. Postkommunistische Parteien werden wiederum in zwei Gruppen unterteilt: Neokommunistische Parteien, wie etwa die albanischen Sozialisten, die slowakische ZRS oder die tschechischen und ukrainischen Kommunisten, stehen in der Tradition der kommunistischen Staatsparteien, richten sich gegen die wirtschaftlichen und politischen Liberalisierungstendenzen und verfolgen zumeist nationalistische, oft auch ethnozentristische und gelegentlich sogar antisemitische Ziele, wie etwa die russischen Kommunisten. Vorrangig sind bei diesen Parteien Antiuniversalismus, Kollektivismus, Etatismus, Autoritarismus und Zentralismus.

Sozialistische (bzw. Sozialdemokratische) Parteien unterstützen dagegen den Systemwechsel und setzen sich für die Konsolidierung der neuen Demokratien in Osteuropa ein. Sie sind gemäßigt liberal, dafür aber stark auf soziale Gerechtigkeit bedacht, sie propagieren ein moderates Modernisierungstempo, setzen

stärker auf staatsinterventionistische und sozialstaatliche Rezepte und wollen für eine längere Übergangszeit neben dem privaten auch staatliches und genossenschaftliches Eigentum erhalten und fördern. Zu diesem Typ zählen die bulgarischen Sozialisten, die polnische SLD, die slowakische SDL, die Sozialisten in der Ukraine oder die ungarischen Sozialisten. Und eben auch die PDS bzw. die LINKE.

Charakteristisch für Parteien dieses Typs, die anders als die Neokommunisten nicht in Systemopposition verharren sondern sich am Parteienwettbewerb um die Ausgestaltung der wirtschaftlichen und politischen Modernisierung beteiligen, ist ein Identitätsdilemma: Sie betreiben den Systemwechsel, wollen und können sich aber nicht völlig von dem alten System lösen.

Da sich die PDS als Rechtsnachfolgerin der SED versteht und das Konzept eines demokratisch geprägten Sozialismus vertritt, steht sie vor der Aufgabe, sich einerseits kritisch mit der Rolle ihrer Mutterpartei, der SED, auseinanderzusetzen und sich als geläuterte demokratische Partei zu präsentieren, andererseits aber den Nachweis zu erbringen, dass mit dem Untergang des „real existierenden Sozialismus“ nicht auch die Idee des Sozialismus gescheitert ist, dass der Sozialismus eine vernünftige Sache ist, die in der DDR nur schlecht ausgeführt wurde. Da dieser Nachweis schwer möglich ist, wenn die DDR schon an ihren Geburtsfehlern gescheitert wäre, ist die Partei gezwungen, die „guten Seiten“ der DDR zu betonen und darauf hinzuweisen, dass früher auch nicht alles schlecht und kritikwürdig gewesen sei.

Diesen „Gründungskompromiss“ der PDS beschrieb Michael Brie, Geschäftsführender Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung, wie folgt:

*„1. sich von der DDR nicht verabschieden und zugleich ankommen in der Bundesrepublik; 2. in Systemopposition verbleiben und doch nach eigenen Zielen und aus einer unterlegenen Position das System zumindest punktuell oder sogar in breiterem Maße mitgestalten; 3. sich nicht den Zwängen des Parteienwettbewerbs unterwerfen und doch in ihm erfolgreich sein.“*

Damit gerät die Partei in das Dilemma, zugleich apologetisch und kritisch mit dem alten System umzugehen, wobei sie jeweils Beifall von einer anderen Seite erhält: Die Traditionalisten stören sich an einer überzogenen Kritik an der DDR, und die Reformer tun sich mit der Rechtfertigung der DDR schwer.

Bei der Beurteilung der PDS muss diese ambivalente Haltung in Rechnung gestellt werden. Einseitige Betrachtungen werden der Realität nicht gerecht. Und es muss nach ihrer Rolle im Parteiensystem der Bundesrepublik gefragt werden.

Die Partei füllt im Osten eine Lücke, die die drei „Westparteien“ und die Grünen nicht ausfüllen können und wohl auch nicht wollen. Als „Ostpartei“ repräsentiert die PDS die Interessen und Identitätsbedürfnisse derjenigen Ostdeutschen, die mit dem Verlauf und den Ergebnissen des Einheitsprozesses unzufrieden sind, weil sie ihn als Anschluss der DDR an die BRD wahrnehmen und/oder weil sie das westliche Wirtschaftssystem als ungerecht und unsolidarisch empfinden. Als Sprachrohr dieser Ostdeutschen erfüllt sie eine wichtige Funktion für die Konsolidierung der Demokratie in Ostdeutschland und damit für die Stabilität der demokratischen Ordnung insgesamt, denn sie trägt zur Integration dieser Gruppen in das parlamentarische System bei. Diese Repräsentations- und Integrationsfunktion kann die Partei nur wegen ihres Spagats zwischen Bewahrung und Erneuerung wahrnehmen.

Als verbindendes Glied dient der PDS das Leitbild des demokratischen Sozialismus, das das antikapitalistische Selbstverständnis der DDR-Gründer ebenso rechtfertigt, wie die Forderung nach wirtschaftlichen und sozialen Reformen des bestehenden Systems. Diese Doppelstrategie ermöglicht es der PDS, an der demokratischen Willensbildung der Bundesrepublik teilzunehmen und sogar Regierungsverantwortung zu übernehmen, ohne die systemkritischen Orientierungen ihrer Anhänger zu enttäuschen. Sie führte letztendlich auch dazu, dass sich der Konflikt zwischen orthodoxen Traditionalisten und Reformern in der PDS im Laufe der Zeit zugunsten letzterer abschwächte. Denn die parlamentarischen Mandate auf kommunaler, Landes- und Bundesebene und die Ämter im staatlich-administrativen Bereich werden zumeist

von Reformern wahrgenommen, die dadurch auch über die wesentlichen Ressourcen der Partei verfügen.

Mit der Westausdehnung der PDS durch die Fusion mit der WASG haben die Traditionalisten weiter an Boden verloren. Denn bei den WASG-Mitgliedern handelt es sich überwiegend um ehemalige Sozialdemokraten und Gewerkschaftsmitglieder. Die Mitglieder der DKP oder anderer linksextremer Gruppierungen verfügen allenfalls über minimalen Einfluss in den westlichen Landesverbänden der LINKE. Die westdeutschen WASG-Mitglieder hegen in aller Regel keinerlei Sympathien für das DDR-Regime und unterliegen mithin auch nicht dem Identitätsdilemma der PDS.

## Fazit

Ich komme zum Schluss. Zunächst einmal dürfte deutlich geworden sein, dass die Metapher im Titel meines Referats - „alter Wein in neuen Schläuchen“ - nicht auf die PDS und erst recht nicht auf die LINKE zutrifft. Die Formel „PDS = SED“ ist falsch. Beide Parteien unterscheiden sich diametral hinsichtlich ihres Programms, ihrer Binnenstruktur und ihrer Stellung innerhalb des jeweiligen Systems.

Weiterhin ist festzustellen, dass die PDS bzw. die LINKE durch ihre Repräsentations- und Integrationsfunktion erheblich zum Systemwandel in Ostdeutschland beigetragen hat und auch weiterhin beitragen wird. Das belegt schon allein die konstruktive Arbeit ihrer Politiker auf kommunaler und Landesebene. Von Systemopposition kann dabei keine Rede sein. Selbst die harsche Kapitalismuskritik findet in der Alltagspraxis keinen Niederschlag. Selbstverständlich gibt es unter den Mitgliedern der Partei Gegner der parlamentarisch-demokratischen Ordnung der Bundesrepublik und Sympathien für die untergegangenen staatssozialistischen Systeme. Wie sollte das auch bei einer postkommunistischen Partei anders sein? Abgesehen einmal davon, dass diese Gruppen klein und einflusslos sind, zumeist der (aussterbenden) ehemaligen politischen Klasse der DDR oder ihrem Umfeld angehören und auch nicht zu gewaltförmigen Bestrebungen gegen

die freiheitliche demokratische Grundordnung neigen, kann mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass ihre vor allem publizistischen Aktivitäten von den die Partei dominierenden Reformpragmatikern mehr und mehr neutralisiert werden. Angesichts der quantitativen und qualitativen Bedeutungslosigkeit dieser Gruppen scheint es mir nicht gerechtfertigt, die Partei DIE LINKE durch die Verfassungsschutzbehörden zu beobachten.



**Prof. Dr. Manfred Wilke**

## **I. Die Wende der SED zur PDS 1989/90**

Die Geschichte der Linken beginnt mit der Transformation der SED in die PDS im Dezember 1989. Trotz des Staatsbankrotts der DDR hat die SED politisch nicht kapituliert und sich auf ihrem letzten Parteitag nicht aufgelöst. Die Grundlage für ihren Aufstieg aus Ruinen war das Wahlergebnis der PDS bei der freien Volks-

kammerwahl 1990 in der DDR. Als Gegner der deutschen Einheit wurde sie stärkste Oppositionspartei und war damit vom Wähler legitimiert. Die SED hatte eine Wende vollzogen:

- sie brach mit dem Stalinismus, der leninistisch-stalinistischen Parteikonzeption und ihres Strukturprinzip des „demokratischen Zentralismus“ und wandelte sich in eine sozialistische Strömungspartei
- die gewendete SED nannte sich nun „Partei des Demokratischen Sozialismus“
- im Februar 1990 endete für die PDS die Anleitung durch die sowjetischen Kommunisten, sie wurde im Wortsinn eine deutsche Partei;
- vor der Volkskammer im März 1990 erklärte sie, das Wahlergebnis zu akzeptieren und keine Restauration ihres Machtmonopols anzustreben.

Bei der Aufrechterhaltung der Kontinuität zur SED ging es der PDS 1990 primär um die Sicherung der Rechtsnachfolge und somit um den Zugriff auf Teile des Vermögens der DDR-Staatspartei.

Damit nicht genug: Bis heute blieb „Die Linke“ Eigentümerin der Akten des SED-Parteiarchivs.

Das Kapitel SED-Diktatur bleibt weiterhin eine Erblast für die Die Linke, ihre Ursprungspartei war verantwortlich für die zweite Diktatur in Deutschland im 20. Jahrhundert. Eine Diskussion über die demokratische Ambivalenz dieser Partei sollte deshalb mit ihren historischen Wurzeln in der SED beginnen, um die Frage ihres Verhältnisses zur politischen Ordnung des Grundgesetzes zu beantworten.

## **II. Die Gründung der gesamtdeutschen Partei „DIE LINKE“ 2007**

15 Jahre nach der friedlichen Revolution in der DDR erfolgte ihre Westausdehnung, ermöglicht durch linke Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionäre, die aus Protest gegen die Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder die SPD verließen. Gewerkschaftsfunktionäre gründeten am 3. Juli 2004 den Verein Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit e.V., aus dem sich am 22. Januar 2005 die Partei WASG konstituierte.

Der PDS war mit der WASG ein gleichgesinnter Partner im Westen erwachsen. Getragen von der im Gründungsprogramm formulierten „Leitidee der sozialen Gerechtigkeit“, stand der Protest gegen das Feindbild eines globalen „Neoliberalismus“ im Mittelpunkt ihres Denkens.<sup>1</sup> Ihre Leitsätze orientieren sich an der auf den alten Sozialstaat westdeutscher Prägung mit staatlichen Beschäftigungs- und Investitionsprogrammen fixierten Programmatik der IG Metall. Zwangsläufig reduziert sich ihr Programm so auf die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Die Realisierung dieses Ost-West-Zusammenschlusses wurde durch Bundeskanzler Schröder forciert, als er nach der Wahlniederlage seiner Partei in Nordrhein-Westfalen vorgezogene Neuwahlen zum Deutschen Bundestag für den 18. September 2005 ankündigte. Bei der NRW-Wahl verbuchte die WASG einen Achtungserfolg,

<sup>1</sup> Vgl. WASG: Gründungsprogramm der WASG. – S. 2. – [http://archiv.w-asg.de/uploads/media/gruendungsprogramm\\_20050531.pdf](http://archiv.w-asg.de/uploads/media/gruendungsprogramm_20050531.pdf) [19.09.2008].

der die PDS zum Handeln veranlasste. Der ehemalige SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine und Gregor Gysi forderten, mit Hilfe der WASG eine gesamtdeutsche Linke zu formieren, die in den Bundestag einziehen kann. Da in der Kürze der Zeit eine Fusion nicht möglich war, musste ein Wahlbündnis unter Regie der PDS vorerst ausreichen. Spitzenkandidaten wurden Lafontaine und Gysi, denen es um eine gesamtdeutsche Linke ging. Sie wollten nur kandidieren, wenn das Etappenziel „Wahlbündnis“ als Vorstufe zur Fusion in Ost und West akzeptiert würde. Inhaltliche Diskussionen wurden auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben.

Eine Vorbedingung der WASG erfüllte die PDS, sie änderte ihren Namen in „Linkspartei.PDS“. Den westdeutschen Landes- und Gebietsverbänden wurde zugestanden, auf den Zusatz PDS zu verzichten, um ihre Erfolgschancen nicht durch die Erinnerungen der westdeutschen Wähler an die DDR zu schmälern. Bewusst sollte der Eindruck erweckt werden, es handele sich um einen historisch nicht belasteten parteipolitischen Neuanfang. Der Erfolg bei der Bundestagswahl mit 8,7 Prozent der Wählerstimmen bestätigte die gewählte Strategie. Das neue Wahlbündnis konnte mit 53 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag einziehen. Programmatische Grundlage der Linkspartei bildete das im Oktober 2003 verabschiedete Parteiprogramm der PDS. Ziel der Partei blieb ein Systemwechsel. Sie wollte die gegebene „kapitalistische Gesellschaft“ und somit die ihrer Meinung nach für Ungleichheit und Ausbeutung ursächlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse überwinden. Die Frage, welche Wirtschafts- und Sozialordnung an ihre Stelle treten soll, hatte schon die PDS nicht beantwortet.

Der Einzug der Linken in den Bundestag war in ihrer Eigeneinschätzung „kein Ausdruck eines Linksrucks in der Gesellschaft“, sondern entsprang „einer ‚günstigen Gelegenheitsstruktur‘.“ Diese bestand zum einen aus den Stichworten „Agenda 2010“ und „Hartz IV“, die „von großen Teilen der Bevölkerung als Abschied der regierenden Sozialdemokratie von ihrer traditionellen Rolle als ‚Schutzmacht der kleinen Leute‘ wahrgenommen“ wurde, und zum anderen aus dem „organisatorischen Gerüst“ von PDS und WASG für einen erfolgreichen Wahlkampf. „Keine noch so kluge

Strategie der PDS oder der WASG hätte diese Gesamtkonstellation herbeiführen können“, so der Bundesgeschäftsführer der Linken, Dietmar Bartsch.<sup>2</sup>

Nach der Bundestagswahl 2005 hatte die in der Bundestagsfraktion versammelte Führung nur ein Ziel, „eine Partei links von der SPD dauerhaft im deutschen Parteienspektrum zu etablieren“.<sup>3</sup> Um dieses strategische Ziel zu erreichen, mussten PDS und WASG fusionieren. Das Thema „soziale Gerechtigkeit“ war für beide Gruppierungen die geeignete programmatische Plattform. Der Vereinigungsprozess sollte genutzt werden, um rasch die öffentliche Meinungsführerschaft bei dem Thema soziale Gerechtigkeit zu erlangen und damit die SPD in die Defensive zu drängen. Der erste Schritt war, dass unter dem neuen Parteinamen „Die Linke“ sich zunächst die Bundestagsfraktion formierte, die damit begrifflich die noch ausstehende Fusion vorweg nahm und bereits den Anspruch einer gesamtdeutschen Linken erhob.

In Berlin trat im Mai 2009 das Mitglied des Abgeordnetenhauses Carl Wechselberg aus der Partei Die Linke aus, blieb aber Mitglied ihrer Fraktion, um der rot-roten Koalition im Abgeordnetenhaus die Mehrheit zu sichern. Er begründete seinen Schritt mit dem zunehmenden innerparteilichen Einfluss der mit dem Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine verbündeten „Sozialrevolutionäre“ aus dem Westen. Diese stammten aus der WASG, die in ihren Reihen ein Spektrum des linken Lagers der alten Bundesrepublik, das bis zum linksradikalen Rand reichte, abdeckte. Sie strebten „keine moderne, konzeptionell belastbare linke Politik“ an, sondern verfolgten wie Lafontaine das „strategische Projekt“, mit der SPD abzurechnen.<sup>4</sup> Für die Partei sind sie vielfach die Brücke zur aktiven linksextremistischen Szene im außerparlamentarischen Raum.

Neben den vielfältigen Sekten, namentlich den Trotzlisten, traten Gewerkschaftler und Aktivisten des DKP-Flügels der Friedensbewegung wie der Hamburger Völkerrechtler Norman Paech

<sup>2</sup> Bartsch, Dietmar: Günstige Gelegenheiten zur Strategiebildung. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 21 (2008) 1, S. 61-64; hier S. 61.

<sup>3</sup> Bartsch, Dietmar: Günstige Gelegenheiten zur Strategiebildung. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 21 (2008) 1, S. 62.

<sup>4</sup> Gespräch: Carl Wechselberger: „Erstarrt. selbstgefällig und anmaßend“, FAZ, 29.5.2009, Seite 4

sowie sozialistische Wirtschaftswissenschaftler wie Herbert Schui und Axel Troost von der AG „Alternative Wirtschaftspolitik“ der Partei bei. Die wichtigste Persönlichkeit aus dem Westen aber war Lafontaine. Mit ihm als Partner verfügte die Partei aus dem Osten endlich über einen auch in Westdeutschland wählerwirksamen und populären Repräsentanten. Es gelang ihm, mit dem ehemaligen SPD-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Ulrich Maurer, einen weiteren prominenten und politisch erfahrenen Sozialdemokraten zu gewinnen. Gemeinsam verliehen sie der PDS im neuen Gewand das dringend benötigte demokratische Erscheinungsbild in der alten Bundesrepublik. Beide wirken wie ein Stachel in der offenen Wunde der Sozialdemokratie und könnten – allen sozialdemokratische Aversionen zum Trotz – durch ihre nach wie vor bestehenden persönlichen Kontakte zum linken Flügel der SPD künftig als Brückenbauer zur Sozialdemokratie im Hinblick auf eine mögliche Kooperation fungieren. Seit 2007 werden zwischen den pragmatischen, auf Koalitionen mit den Sozialdemokraten ausgerichteten Politikern, die mehrheitlich aus der DDR kommen und dort zum Teil bereits politische Verantwortung in „ihrem Staat“ ausübten und orthodoxen Marxisten aus Ost und West Flügelkämpfe ausgetragen. Die Westler kommen aus einer anderen Erfahrungswelt, sie waren Aktivisten in außerparlamentarischen Bewegungen und betreiben Politik aus einer radikalen Oppositionsperspektive, die zwar die Macht aber keine Verantwortung im Staat anstrebt. In den innerparteilichen Auseinandersetzungen ist die gespaltene Geschichte des deutschen Sozialismus somit immer gegenwärtig. Ein kurzer Rückblick auf die zentralen Zäsuren diese Geschichte ist notwendig. Sie sind mit der Frage der demokratischen Staatsordnung verbunden und beziehen sich auf die innerparteilichen Diskurse der Linken.

### III. Traditionslinien der Sozialisten

Die Frage der Tradition ist für Sozialisten immer auch eine der eigenen Identität. Die heutige Partei Die Linke hat 2007 West- und Ostdeutsche zusammenführt, die in der DDR oder in der Bundesrepublik sozialisiert wurden. Es sind unterschiedliche Traditionen, die nun in der Partei aufeinander treffen. Somit ist die Identitätsfrage von aktueller politischer Bedeutung für ihren Kurs.

Der Erste Weltkrieg und die Haltung zum Krieg spaltete 1917 die SPD. In der Novemberrevolution 1918 vollzog der von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht geführte Spartakusbund den endgültigen Bruch mit der Partei August Bebel's. Dieser Bruch mündete Ende 1918 in die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Parlamentarische Republik oder Diktatur des Proletariats, Reformen oder Revolution waren die damaligen Streitpunkte zwischen SPD und KPD. Ein gemeinsames Trauma von Sozialdemokraten und Kommunisten war die kampflose Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung vor Adolf Hitler und der nationalsozialistischen Bewegung 1933. Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Erfahrung der gemeinsamen Verfolgung durch die nationalsozialistische Diktatur wuchs unter Sozialdemokraten und Kommunisten die Hoffnung, durch eine sozialistische Einheitspartei die Spaltung von 1918 zu überwinden. Diese Illusionen verfliegen schnell. Die von Stalin gebilligte Zwangsfusion von SPD und KPD zur SED 1946 ließ den Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten erneut aufbrechen.<sup>5</sup> Diktatur oder Demokratie für das vom Nationalsozialismus befreite Deutschland war nun die Streitfrage.<sup>6</sup> Diesmal verband sich die Spaltung der deutschen Sozialisten und Kommunisten mit der Teilung des Landes und der Entstehung zweier deutscher Staaten mit unterschiedlichen Staatsordnungen. Der von der sowjetischen Besatzungsmacht gestützte diktatorische Machtwille der von Moskauern Kadern geführten deutschen Kommunisten in der SBZ war eine der wichtigen Merkmale der deutschen Teilung. Zum Sturz der SED-Diktatur bedurfte es 1989 einer demokratischen Revoluti-

<sup>5</sup> vgl. Erler, Peter, Laude, Horst, Wilke, Manfred (Hg.): <Nach Hitler kommen wir<, Berlin 1994

<sup>6</sup> vgl. Wilke, Manfred (Hg.): Die Anatomie der Parteizentrale DieKPD/SPD auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998

on in der DDR. Erst sie schuf die Voraussetzungen für den zweiten deutschen Nationalstaat. Die SED, die sich selbst als Siegerin der Geschichte pries, war politisch, ökonomisch und vor allem moralisch gescheitert.

Wie mit dieser „Niederlage“ umgehen? Diese Frage bestimmte die Geschichtspolitik der PDS und der heutigen gesamtdeutschen Linken. Nach außen war die PDS bemüht, durch Änderungen ihres Namens die Erblast zu kaschieren. Aus der SED wurde kurzzeitig die SED-PDS, dann die PDS, schließlich die Linkspartei bzw. Linkspartei.PDS und zu guter letzt „Die Linke“. Durch den Wechsel der Namen konnte die Partei ihre diktatorische Vergangenheit mehr und mehr verschleiern, um den Blick nach vorn auf einen neuen Anlauf zum Sozialismus zu richten. Für das Geschichtsbild der Deutschen sind die Folgen bereits spürbar. Terror und Unterdrückung als immanente Bestandteile des realen Sozialismus sollen dadurch immer mehr im Dunkel der Geschichte verschwinden.

Diese Ambivalenz wird beim Umgang mit dem Thema „Staatsicherheit“ besonders deutlich. Einerseits reklamieren PDS/ Die Linke für sich, an „der Tätigkeit des nach innen gerichteten Spitzelwesens und Repressionsapparats des MfS gab es für die PDS nie etwas zu beschönigen“.<sup>7</sup> Andererseits behauptet sie, die „Berge, von denen Frau BIRTHLER erzählt, [seien] eigentlich Harmlosigkeiten“.<sup>8</sup> Offiziell gilt für „Die Linke“ beim Umgang mit ehemaligen Mitarbeitern der Staatssicherheit: „Wo eine solche Tätigkeit zunächst verschwiegen, dann aber bekannt wurde, folgt in der Regel der Rücktritt von Amt und Mandat.“<sup>9</sup> Demgegenüber steht die beachtliche Zahl von Abgeordneten der Linkspartei im Bund und in den Ländern, die früher als „Inoffizielle Mitarbeiter“ für die Staatssicherheit tätig waren.

Es sind die Biografien der „gelernten DDR-Bürger“ in der Linkspartei, zu denen auch westdeutsche Mandatsträger wie Dieter Dehm, langjähriges SPD-Mitglied und bis 1998 stellvertretender

<sup>7</sup> Die Linke: Zur Auseinandersetzung mit der Geschichte. – S. 3.

<sup>8</sup> So beispielsweise der Ehrevorsitzende der PDS Hans Modrow; zitiert nach Neu, Viola: Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus, in: Uwe Backes /Eckardt Jesse (Hg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie Band 9, Baden-Baden: , 2004. S. 188.

<sup>9</sup> Die Linke: Zur Auseinandersetzung mit der Geschichte. – S. 3.

Bundesvorsitzender der PDS, zählen, die eine klare Verurteilung des Kommunismus verhindern. Die Praxis bleibt weiterhin doppelbödig, zumal sich schon die PDS als politischer und parlamentarischer Interessenvertreter der Dienstklasse der DDR verstand. Immer wieder kam und kommt es so zu parlamentarischen Initiativen dieser Partei für die früheren Repräsentanten des Macht- und Herrschaftsapparates der DDR. 1998 forderte beispielsweise die Berliner Juristin und damalige rechtspolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Evelyn Kenzler, eine Amnestie und Haftentschädigung für verurteilte Kommandeure der DDR-Grenztruppen und für ehemalige Mitarbeiter des MfS. Nur am Widerstand der drei Oppositionsfraktionen aus CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Berliner Abgeordnetenhaus scheiterte im April 2007 der Vorschlag der PDS, sie zu einer Richterin am Berliner Verfassungsgerichtshof zu ernennen. Allgemein bleibt festzuhalten, nicht die Opfer der SED-Diktatur und der demokratische Widerstand, sondern die Verantwortlichen des SED-Regimes bestimmten die Geschichtsdebatte in der PDS bis 2005. In der Partei „Die Linke“ wird deren Geschichtsbild fortgeschrieben und mit der Geschichte der Linken der Bundesrepublik verwoben, um eine Geschichte der Teilung aus sozialistischer Perspektive zu schaffen.

Welche Parteigeschichte dabei vermutlich den roten Faden liefern wird, das demonstrieren alljährlich die Parteiführungen von PDS und Linkspartei. Seite an Seite mit „führenden Genossen“ der SED ziehen sie am Gedenktag für die 1919 ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Friedhof der Sozialisten in Berlin Friedrichsfelde. In dem von der SED gestalteten Ehrenmal liegen neben deren Gedenkplatten auch die für Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht. Die Linke hatte auch keine Schwierigkeiten, Markus Wolf, den Stellvertreter von Erich Mielke und Chef der Hauptverwaltung Aufklärung, nach seinem Tod im November 2006 ausschließlich als „Kämpfer gegen das Nazi-Regime“ zu würdigen, ohne dessen Mitverantwortung für schwerste Menschenrechtsverletzungen auch nur zu erwähnen.<sup>10</sup> Die der Linkspartei angehörende Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau erklärte

---

<sup>10</sup> Bisky, Lothar: Erklärung zum Tod von Markus Wolf. PDS-Pressemitteilung vom 09.11.2006.

ihn in einer Traueranzeige im „Neuen Deutschland“ zu einem „Freund und Genossen, einen streitbaren Kämpfer, der aufrecht durch sein Leben ging“. <sup>11</sup> Das Gedenken an solche Kommunisten wie Markus Wolf bewahrt symbolisch das totalitäre Erbe im Selbstverständnis dieser Partei.

#### **IV. War die DDR ein legitimer deutscher Staat?**

Nach der deutschen Vereinigung war die Legitimität der DDR für die PDS eine Frage des eigenen Selbstverständnisses in der nun fremden neuen Gesellschaft. Zumal sie der politische Interessenvertreter für die arbeitslos gewordenen Partieliten der SED war. Als faktische Regionalpartei Ost forderte sie 1992 einen „Entwicklungsgang der Bundesrepublik, der das Positive der ehemaligen BRD wie der DDR aufnimmt“. <sup>12</sup> Schon aus innerparteilichen Gründen stand nach 1990 das Beharren auf der Legitimation der DDR als deutscher Teilstaat und sozialistisches Experiment im Vergleich zur kapitalistischen und restaurativen Bundesrepublik im Mittelpunkt der Geschichtsdebatten der PDS.

Die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat in ihrem Abschlussbericht 1994 diese These zurückgewiesen und in ihrem Abschlussbericht das historische Fundament der DDR betont, die aus den Trümmern des Deutschen Reiches entstand: „Wesentliche Grundlage der über vierzigjährigen SED-Diktatur war der totalitäre Machtanspruch der sowjetischen und deutschen Kommunisten.“ <sup>13</sup>

Günther Benser, der Leiter des aus dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED hervorgegangen Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, setzt einen anderen Akzent in der Bewertung der beiden Teilstaaten. Fand in der DDR ein sozialistischer Neuanfang nach Hitler statt, so wurde in der Bundesre-

---

<sup>11</sup> Neues Deutschland vom 17.11.2006.

<sup>12</sup> Zitiert nach: Manfred Wilke: Restauration und der Integration?, in: Christian Striefler/Wolfgang Templin: Von der Wiederkehr des Sozialismus, Berlin 1996, Seite 36

<sup>13</sup> Bericht der Enquete-Kommission: Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, (Hrsg.) Deutscher Bundestag, neue Bände in 18 Teilbänden, Baden-Baden 1995, Band I, S. 208.

publik die kapitalistische Wirtschaftsordnung fortgeführt. Damit wird der sozialistische Systemcharakter der DDR-Gesellschaft in den Fokus des Geschichtsbildes gerückt, um die undemokratische Parteiherrschaft der Kommunisten als Folge des Stalinismus zu relativieren. Dieser Argumentation folgte das Parteiprogramm der PDS von 1993.

Die Frage der Staatsordnung war aber für die demokratischen Politiker im Westen 1948/49 entscheidend. Für die Väter des Grundgesetzes war die Eigenstaatlichkeit der SBZ eine illegitime Diktatur, die von der Sowjetunion implantiert wurde. Diese Position bestimmte 1949 die Präambel des Grundgesetzes mit der Aufforderung zur Einheit aller Deutschen in Freiheit.

Geschichtspolitisch ist dieser Streit über die demokratische Legitimität der DDR noch nicht erledigt. Auch heute noch verteidigt die Linke die DDR als ein legitimes sozialistisches Experiment. So heißt es auf ihrer Website: „Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war der legitime Versuch, nach dem alliierten Sieg über Nazi-Deutschland ein Wiedererstarken sozialer Antriebskräfte des Nationalsozialismus zu verhindern – Stichworte hierfür sind die Bodenreform und die Zerschlagung des Großkapitals – und einen sozialistischen Staat auf deutschem Boden aufzubauen.“<sup>14</sup> Bodo Ramelow betont: „Zuerst muss prinzipiell festgestellt werden, dass die DDR ein souveräner Staat in der Völkergemeinschaft war.“<sup>15</sup> Durch die Kombination der beiden Argumente, es war nach 1945 legitim, einen sozialistischen Neuanfang in der SBZ zu gestalten und der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR im Rahmen des KSZE-Prozesses, wird die Existenz dieses Staates durch die Linke weiterhin legitimiert und damit die Frage ignoriert, ob die Deutschen die dauerhafte Teilung ihres Landes wollten. Die These von der Legitimität der DDR blendet ganz konsequent die diktatorische Staatsordnung ebenso wie ihre mangelnde demokratische Legitimation aus. Solange die Linke nicht eindeutig die Traditionslinie zur SED-Diktatur gekappt hat, bleibt sie im Zwielficht zwischen pragmatischer Politik und Linksextremismus.

<sup>14</sup> [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

<sup>15</sup> Interview der Südthüringischen Zeitung mit Bodo Ramelow vom 26. Februar 2009.

Im aktuellen Kampf gegen den „Neoliberalismus“ hielten die Programmatischen Eckpunkte von PDS und WASG vom Oktober 2006 einen weiteren schmerzhaften weltpolitischen Verlust fest: den Zusammenbruch der Sowjetunion. Mit ihr entfiel das größte Gegengewicht zur westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Infolge dessen „konnten sich die zerstörerischen Tendenzen des ungehemmten kapitalistischen Marktes immer mehr entfalten.“<sup>16</sup>

Selbst die Abkehr vom Stalinismus ist nicht allgemeiner Konsens in der Partei. Auch in dieser Schlüsselfrage für die Glaubwürdigkeit der Partei bietet sie ein ambivalentes Bild. So behauptet Sahra Wagenknecht, Vorstandsmitglied und Repräsentantin der Kommunistischen Plattform (KPF), die Politik Stalins habe „nicht Niedergang und Verwesung, sondern die Entwicklung eines um Jahrhunderte zurückgebliebenen Landes in eine moderne Großmacht während eines weltgeschichtlich einzigartigen Zeitraumes“ bewirkt.<sup>17</sup> Die KPF spricht mit ihren ideologischen Vorstellungen vor allem die überalterte, in DDR-Nostalgie verhaftete Parteibasis im Osten an und sie versteht sich als kommunistisches Korrektiv. Innerhalb der Partei wirkt sie Reformbestrebungen entgegen, die sie als „Anpassung“ oder „Sozialdemokratisierung“ brandmarkt. Die Bewahrung und Weiterentwicklung marxistisch-leninistischen Gedankenguts ist ihr wesentliches Anliegen. Zugleich bildet sie die innerparteiliche Brücke in der Linken zur DKP und den „Sozialrevolutionären“ aus den westlichen Landesverbänden der Linken.

## V. Die Strömungspartei und der Linksextremismus

In der SED herrschte eine von der Führung vorgegebene politische Linie, die mit Sprachlenkung und Zensur durchgesetzt wurde. Solch eine Weltanschauungspartei ist die Linke nicht mehr, sie kennt und praktiziert sozialistischen Pluralismus und innerparteiliche Debatten. Machterwerb strebt sie durch Wahlen an. Im

<sup>16</sup> Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland, in: Gründungsdokumente der Partei DIE LINKE, Sonderdruck der Zeitung Neues Deutschland, o.J., S. 3.

<sup>17</sup> Zitiert nach Hubertus Knabe: Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur, Berlin 2007, S. 54.

Vordergrund steht eine Integration möglichst vieler Sozialisten in die unterschiedlichen innerparteilichen Strömungen. Sie sucht Bündnisse mit anderen linken Kräften, zu denen auch Linksextremisten zählen, namentlich in außerparlamentarischen Aktionen, ohne dabei einen ideologisch begründeten Führungsanspruch zu erheben. Die Bündnisse entstehen auf der Basis konkreter politischer Zielsetzungen, die inhaltliche Debatten und theoretischen Streit unter den Bündnispartnern zulassen. Diese Taktik sozialistischer Integration verfolgte die PDS bereits seit 1990, als sie gezwungen war, an der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl teilzunehmen. Es ging der Partei darum, in der alten Bundesrepublik Kandidaten für ihre offene Liste zu dieser Wahl zu finden. Damals nutzte sie Mitglieder der DKP und ihrer früheren Vorfeld- und Nebenorganisationen als Brücke zur westdeutschen Linken. Parteiwechsler wie zum Beispiel der heutige Bundestagsabgeordnete Wolfgang Gehrcke spielen bis heute beim Aufbau der Parteiorganisation in Westdeutschland eine tragende Rolle. Da die PDS im Gegensatz zur DKP ihre leninistische Parteikonzeption aufgeben musste, war das Verhältnis zwischen beiden Parteien eher spannungsgeladen. Unbeschadet dieser Differenzen kandidierten DKP-Mitglieder bis heute auf den Listen der PDS bei Wahlen. Trotz des angespannten Verhältnisses zwischen PDS und DKP konnten 2005 mit Reinhard Püschel in Baden-Württemberg, Walter Listl in Bayern, Achim Bigus in Niedersachsen, Raja Bernhardt in Nordrhein-Westfalen sowie Iris Kala und Leo Mayer in Sachsen gleich sechs aktive DKP-Mitglieder auf dem Ticket der Linkspartei.PDS für die Bundestagswahl kandidieren – wenn auch auf aussichtslosen Listenplätzen.

Ein Beispiel für die Integration von Funktionären aus den Vorfeldorganisationen der DKP ist die Karriere von Willi van Ooyen. Er gehörte zur Vorbereitungsgruppe für den „Weltkongress der Friedenskräfte“ 1973 in Moskau, kurz darauf wurde er Mitglied des 1974 in Bonn gegründeten und von der DKP/DFU gesteuerten „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KOFAZ). Als Geschäftsführer des „Ostermarschbüros“ in Frankfurt am Main koordinierte er die alljährlichen Ostermärsche in der Bundesrepublik. 1976 wurde er Landesgeschäftsführer der DFU

in Hessen, 1984 übernahm er das Amt des DFU-Bundesgeschäftsführers.

Als Spitzenkandidat der Partei „Die Linke“ wurde er im Januar 2008 in den Hessischen Landtag gewählt, wo er das Amt des Fraktionsvorsitzenden ihrer Landtagsfraktion übernahm. Das ist aber nicht seine einzige Funktion. Van Ooyen ist zugleich Sprecher des „Bundesausschusses Friedensratschlag“ in Kassel. Diese laut hessischem Verfassungsschutzbericht als „linksextremistisch beeinflusste“ Organisation ist 1996 aus dem von der DKP an der Universität Kassel gegründeten „Arbeitsausschuss Friedensratschlag“ (AfriRa) hervorgegangen und bemüht sich, die friedenspolitischen Aktivitäten von DKP und PDS bzw. „Die Linke“ außerparlamentarisch zusammenzuführen.

Ironie der Geschichte: Van Ooyen ist wie Gehrke nunmehr auf dem Ticket der Linkspartei dort angekommen, wo sie als DKP/DFU-Funktionäre vor 1989 niemals hingekommen wären – in die deutschen Parlamente.

## **VI. Alter Wein in neuen Schläuchen?**

1989 war eine Zeitenwende für alle Kommunisten und Sozialisten in Europa. Der DDR-Schriftsteller Stefan Heym prägte für diese Zäsur den Satz: Stalin verlässt den Raum! Der kommunistische Gegenentwurf zur Marktwirtschaft und parlamentarischen Demokratie brach mit dem sowjetischen Imperium zusammen. Die deutsche Einheit beendete die Existenz des SED-Staates. Im Denken von Kommunisten eine Niederlage von historischem Ausmaß.

Um auf die Metapher dieses Referats zurückzukommen: 1989 war der Schlauch SED verschlissen. Der alte Wein, ihre Mitglieder, versickerte in dem Maße wie ihre totalitäre Macht verging. Ein neuer Schlauch für den verbliebenen Wein musste schnell gefunden werden, um die Partei als Organisation zu retten. Die PDS war der neue Schlauch, aber der gerettete Wein Marke „Moskauer Lage“ musste seinen Charakter ändern. Die Rebstöcke auf dem

bolschewistischen Weinberg waren durch die Entwicklung in der Sowjetunion verdorrt. Die in der Linken gepflegte Solidarität mit Kuba und dem zeitgenössischen lateinamerikanischen Sozialismus sind kein adäquater Ersatz. Der bolschewistische Weingeist aus SED-Beständen musste nach 1989 mit anderen Rebsorten ange-reichert werden und neu gären, damit verlor er viel von seinem ursprünglichen totalitären Charakter. Der Gärungsprozess ist noch nicht abgeschlossen. Bezogen auf das Urteil über die Partei Die Linke heißt das:

- ihre Geschichte begann mit der Transformation der SED in eine sozialistische Strömungspartei 1989, faktisch blieb sie bis 2005 eine ostdeutsche Regionalpartei;
- erst durch die Fusion mit der WASG wurde die PDS knapp 17 Jahre nach der Einheit zur gesamtdeutschen Partei. In der Partei mischten sich nun die Tradition der DDR-Staatspartei, in der in den Kategorien des Machterwerbs und der Übernahme staatlicher Verantwortung gedachte wurde, mit der der Gewerkschaften und den außerparlamentarischen Bewegungen der alten Bundesrepublik;
- der Bruch der PDS mit dem Stalinismus bezog sich auf die repressive Praxis der Diktatur, nicht auf die ideologischen Grundlagen. Karl Marx, Rosa Luxemburg, Antonio Gramsci, selbst Wladimir I. Lenin zählen weiterhin zu den Säulenheiligen;
- das Festhalten an der Legitimität der DDR als zweiter deutscher Staat ist lebensgeschichtlich für viele Staatsbürger der DDR, erst recht für ihre ehemaligen Funktionseliten, verständlich. Sie wollen keinem „Unrechtsstaat“ gedient haben, dennoch ändert es nichts an der historischen Illegitimität der DDR als deutscher Staat. Sie war eine Schöpfung der sowjetischen Besatzungsmacht ohne innere Legitimierung durch ihre Bürger, sie war die zweite Diktatur in Deutschland;
- das Festhalten der Linken an den Klassikern der kommunistischen Bewegung und die Verteidigung der Staatsordnung der DDR begründen Zweifel an der Loyalität der Partei zur demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland;

- als sozialistische Partei ist die Eigentumsfrage für die Linke eine Machtfrage und damit eine des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, dass durch Gegenmacht der Partei und ihrer Verbündeten verändert werden kann;
- die Linke als eine sozialistische Strömungspartei – das war die SED nicht – praktiziert innerparteilich und in ihrer Bündnispolitik einen sozialistischen Pluralismus der auch linksextremistische Gruppierungen einbezieht;
- in der Kommunalpolitik vor allem in den ostdeutschen Ländern übernimmt Die Linke ganz selbstverständlich Verantwortung in den Städten und Gemeinden.

Seit 1990 agiert die PDS/Die Linke vornehmlich als parlamentarische Partei, was außerparlamentarische Aktionen nicht ausschließt. Aber die Zeit, als die PDS in kommunistischer Tradition darüber diskutierte, ob der Weg zur Macht über Wahlen oder außerparlamentarische Aktionen führen soll, liegen schon eine Weile zurück. Es scheint, als habe sich die Partei mit dem demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik arrangiert und strebt ihre Integration in den demokratischen Verfassungsbogen an. In ihrem Selbstverständnis aber bedeutet die Anerkennung der demokratischen Spielregeln keinen Verzicht auf einen neuen Anlauf zum Sozialismus. Solange unzweifelhaft die totalitäre Ideologie des Kommunismus innerhalb der Linken weiter tradiert wird, so bleibt der demokratische Charakter der Partei ambivalent, zumal sie den antitotalitären Konsens des Grundgesetzes ablehnt und durch einen antifaschistischen Konsens ersetzt wissen will.

## **Zu den Autoren:**

### **Uwe Schünemann**

Niedersächsischer Minister für Inneres, Sport und Integration

### **Dr. Rudolf van Hüllen**

Jahrgang 1957, nach Tätigkeiten in der politischen Bildung vor allem im Bereich der Bundeswehr 1987 - 2006 Referent / Referatsleiter beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln. Derzeit freiberufliche Tätigkeit als Forscher und Dozent zu Fragen des Rechts- und Linksextremismus. Zahlreiche Veröffentlichungen zum Links- und Rechtsextremismus.

### **Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke**

Jahrgang 1952, von 2002 bis 2007 Leiter des FB Rechts- und Sozialwissenschaften an der Hochschule der Polizei Münster-Hiltrup. 2008 Rückkehr an die Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Er hat zahlreiche Bücher zum politischen Extremismus, Rechtsextremismus sowie Polizei- und Sicherheitsmanagement veröffentlicht.

### **Prof. Dr. Christoph Kleßmann**

Jahrgang 1938, 1977 bis 1992 Professor für Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld, seit 1993 an der Universität Potsdam. Von 1996 bis 2004 Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung, Potsdam. Arbeitsschwerpunkte in Forschung und Lehre: deutsche und polnische Geschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere der NS-Zeit, der Bundesrepublik und der DDR.

### **Prof. Dr. Richard Stöss**

Jahrgang 1944, seit 1996 Mitglied des Fachbereichs Politische Wissenschaft (inzwischen: Politik- und Sozialwissenschaften) der FU Berlin; Geschäftsführer des Otto-Stammer-Zentrums - Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie. Professor für Politikwissenschaften. Zahlreiche Veröffentlichungen zum Rechtsextremismus und zur Parteiendemokratie.

## **Wolfgang Templin**

Jahrgang 1948, 1983 Austritt aus der SED, Berufsverbot als Philosoph und Bibliothekar, 1988 Verhaftung wegen landesverräterischer Agententätigkeit, erzwungene Ausreise mit Familie in die Bundesrepublik, Mitbegründer der Partei Bündnis 90. Seit 1996 freiberufliche Tätigkeit als Publizist und in der politischen Erwachsenenbildung, Publikationen zur DDR-Geschichte, zum deutschen Vereinigungsprozess und zur Geschichte Osteuropas.

## **Prof. Dr. Manfred Wilke**

Jahrgang 1941, Soziologe, Zeithistoriker und Publizist. Bis 2006 war er Professor für Soziologie an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin und einer der beiden Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, zu dessen Gründern er zählt. Forschungsschwerpunkte sind u.a. die Geschichte des Kommunismus und der SED-Herrschaft sowie die Erforschung von Opposition und Widerstand im „realen Sozialismus“. Veröffentlichungen zur DDR-, Parteien- und Gewerkschaftsgeschichte.



von links nach rechts:

Günter Heiß, Prof. Dr. Manfred Wilke, Wolfgang Templin, Dr. Rudolf van Hüllen,  
Prof. Dr. Christoph Kleßmann, Prof. Dr. Richard Stöss, Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke

Herausgeber:  
Niedersächsisches Ministerium  
für Inneres, Sport und Integration  
Niedersächsische Extremismus-  
Informations-Stelle - NEIS  
- Verfassungsschutz -

Postfach 44 20  
30044 Hannover

Telefon: 0511 / 6709-217  
Telefax: 0511 / 6709-380  
E-Mail: [oeffentlichkeitsarbeit@  
abt6.mi.niedersachsen.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@abt6.mi.niedersachsen.de)